

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Monatsabonnement pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Nebaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 13608.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die 8 gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorschicht 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtauslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Postgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Die Sozialdemokratie hat in Westfalen mehrere Gemeindewahl siegreich errungen.

Eine Novelle zum Stempelsteuergesetz wird vom Deutschen Städtetag angeregt.

Gegen das Urteil im Kieler Verfassungsprozeß hat der Staatsanwalt Revision eingelebt.

In Italien wurde der konservative Sonnino zum Ministerpräsidenten ernannt.

## Die rote Flut.

Leipzig, 6. Dezember.

Die rote Flut steigt! In ganz Deutschland gibt es einen kräftigen Rück nach links. Das ist nur zum Teil die Folge der Schnapsblockpolitik, die Ursachen liegen tiefer. Die Wirkungen der Zollgesetzgebung von 1902 treten mit jedem Jahre schärfer hervor und werden schier unerträglich. Damals hat man den Versuch gemacht — hofften wir, es war der letzte — dem Industriestaat die spanischen, Stiefel und Daumenschrauben der Unterherrschaft anzulegen, und die Folge ist teures Brot und Fleisch selbst in den Jahren reicher Ernten, und Verschärfung der Handelsstrafen. Gleichzeitig nimmt der zermalmende Prozeß der Kapitalkonzentration seinen Fortgang, und dieser Prozeß wird verschärft durch die Monopolwirtschaft, durch die Übermacht der Syndikate. Unter dem Einfluß dieser Erscheinungen wird selbst dem denkfaulsten Arbeiter die Übermacht des Kapitals mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt, sein Klassenbewußtsein wird ausgepeitscht. Aber auch weite Schichten des Kleinstbürgertums verlieren den Glauben an die Herrlichkeit der bestehenden Zustände. Die Verheizungen der „staatsanhaltenden“ Parteien ziehen nicht mehr, nachdem Tausende und Tausende von Krämer und kleinen Handwerkern es immer mehr zu fühlen bekommen, daß sie im Grunde genommen doch nur eine Scheinselbstständigkeit führen undrettungslos der endgültigen Proletarisierung zuführen. Dieser unablässige wirkende Prozeß der Verschärfung der Klassengegenseite führt der revolutionären Sozialdemokratie immer neue Truppen zu. Das zu verhindern ist keine Macht der Welt imstande, es sei denn, es gelänge, den Lauf der kapitalistischen Entwicklung aufzuhalten. — Im Jahre des Heils 1907 jubelten die „staatsanhaltenden“: die Sozialdemokratie war „niedergestürzt“, die rote Flut war „eingedämmt“. Das alles, weil es noch einmal gelungen war, durch einen schlauen Trick den deutschen Michel über den Löffel zu barbieren,

weil ein gerissener politischer Macher die liberalen Parteien zu einem Zusammensehen mit den Junkern überredet hatte und ein ehemaliger Bankdirektor die Praktiken der Unrechts auf dem Wertpapiermarkt in die Politik einführte und so die Armen im Geiste für die schmutzigste Partie des Imperialismus, für die deutsche Kolonialpolitik, begeisterte. Diese Mache bewirkte, daß die Masse der Urteilslosen noch einmal den bürgerlichen Gaulern auf den Leim ging und die Sozialdemokratie trotz des Stimmenzuwachses eine Anzahl Mandate verlor, wobei die gefälschte Wahlkreiseinteilung, die die Stimmen des immer mehr in den Großstädten zusammengebrängten Proletariats nicht zur Geltung kommen läßt, das übrige tat. Aber dieser „Sieg“ sollte den bürgerlichen Parteien feuer zu stehen kommen, die Blockpolitik mit ihrer unendlichen Schäßigkeit hat den Liberalismus um den Rest seines Kreids gebracht. Das schmähliche Ende kam bald: der Liberalismus wurde aufs trockne gefegt, die Schnapsinteressenten rissen ihn aus seinen Blütenräumen. Und nun kam die Reihe, sich zu kompromittieren, an die Partei für „Wahrheit und Recht“. Sie ließ es zu, daß die Junker ihrem Übermut die Zügel schließen ließen und die Volksmasse mit Keulenschlägen traktierten. Der gerechte Zorn schäumte auf, und die roten Wahlen zu den Landtagen und Kommunalvertretungen waren die Quittung. Dazu kommt das Treiben der Unternehmer, die Tag für Tag Arbeiter durch Hervorlehrung des „Herrenstandpunkts“ provozieren, ein Treiben, für das der Gewaltstreit der Zechenbesitzer im Ruhrrevier nur ein besonders krasses Beispiel ist, weil es sich hier um die Interessen von Hunderttausenden handelt, während tagtäglich sich das gleiche im kleinen wiederholt. Fügen wir das Treiben der Verwaltungsbehörden hinzu, die in ihrer hochmütigen Dummheit sich dazu hinreissen lassen, Tag für Tag durch mehr oder minder krasse Gesetzesverlegungen die Arbeiter zu schikanieren. Fügen wir hinzu, daß diese Behörden dem Volke täglich demonstrierten, wie die Staatsgewalt ein gehorsames und brutales Werkzeug der Ausbeutungssucht der Unternehmer ist, wofür abermals die Vorgänge in Mansfeld nur ein besonders krasses Beispiel sind. Alles das sind die Ursachen für das Steigen der roten Flut.

Den Reaktionären wird angst und bange dabei, und in der vergangenen Woche konnte man in der führenden Presse der preußischen Jungen wiederholt grimmige Wutschreie vernehmen. Vor allem sind die ostelsischen Jungen in Sorge, wie sie ihr letztes Bollwerk, den preußischen Landtag, gegen diese rote Flut verteidigen sollen. Die Kreuzzeitung versäßt auf gar wunderliche Argumente. Sie zieht zum Vergleich die Balkanstaaten heran: unter ihnen ercheint ihr Rumänien als der „bestgefügte, ruhigste und wirtschaftlich wie kulturell entwickelte“ und triumphierend stellt sie fest, daß das rumänische

Wahlrecht dem preußischen Dreiklassenwahlrecht gleiche. Nun, der ruhigste der Balkanstaaten mag Rumänien wohl sein, aber es steht auch fest, daß er der am meisten korrumpierteste ist. Die politische Knechtshaft und die jüngste Ausbeutung der Bauern durch die Großgrundbesitzer haben in den letzten Jahren zu verzweifelten Agraraufständen geführt, die nur mit Mühe nach furchtbaren, blutigen Kämpfen unterdrückt wurden. Ist das etwa das für die Kreuzzeitung erwünschte Ziel auch für Preußen? — In einem andern Artikel geht mit der Wut die Vernunft durch, und das Junkerblatt kräfft: „Wer für Preußen das Reichstagswahlrecht und die parlamentarische Regierungsform verlangt, sollte öffentlich als Vaterlandsverräter gebrandmarkt werden.“ Der Weisheit Schlus ist: „Preußen allein erhält die innere Ordnung in Deutschland aufrecht, Deutschland den Frieden in Mitteleuropa und dadurch in der ganzen an die internationale Kapitalherrschaft angeschlossenen Welt aufrecht.“ Du haben wir die Bestätigung der alten demokratischen Aussöhnung: Preußen ist der Gendarm und Württel in Europa. Sehr schmeichelhaft übrigens für Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und die übrigen Staaten, daß Preußen allein die „innere Ordnung“ in ihnen aufrechterhält. Aber der Schlüssel zur ganzen inneren Lage ist ja eben, daß das arbeitende Volk in Preußen und in ganz Deutschland sich die „preußische Ordnung“ nicht mehr gefallen lassen will, sich nicht mehr gefallen lassen kann, weil selbst der ostpreußische Gutsnach, geschweige denn der Industriearbeiter sich nicht mehr unter den Stock des Junkers beugen will. Auch die Deutsche Tageszeitung redet irre in ihrer Wut. Sie erklärt: „In Europa gibt es überhaupt nur drei wirkliche Monarchien: die drei Kaiserreiche. In allen anderen Staaten ist der wirkliche Träger der Staatsgewalt das Parlament, und — mit einer starken Kugel Preußen steht und fällt der deutsche Monarchismus“. Als selbst Rumänien, dem die Kreuzzeitung ob seines Dreiklassenwahlrechts so wohlgesinnt ist, findet vor dem strengen Dertel keine Gnade. Nur drei Monarchien! Nun, das eine der drei Kaiserreiche verblikt sich in grausigen Kämpfen, nur der Galgen stützt noch den morschen Thron des Jaren. Das zweite Kaiserreich kann seit Jahren keinen Schritt mehr vorwärts machen, weil die habsburgische Monarchie, um ihr Dasein zu fristen, die Völker gegeneinander heißt, weil sie vom Verfall der Völker Österreichs lebt. Noch einige Jahrzehnte „wirklicher Monarchie“ nach dem Muster Russlands und Österreichs, und Deutschland wäre so weit wie diese Staaten.

Das ceterum censeo der beiden junkerlichen Blätter ist denn auch: „an dem preußischen Wahlrecht darf nicht gerüttelt werden“. Das ist nichts Neues. Alle Welt weiß, daß die Jungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln das Dreiklassenwahlrecht verteidigen werden, weil mit seinem Sturz auch die Macht des Junkertums

## Seuilleton.

### Andreas Pößt.

Bauernroman

von Ludwig Thomas.

(Nachdruck verboten.)

Von den jüngeren hatte allerdings mancher die tiefliegenden Augen und blassen Wangen eines eifrigen Streiters. Der Pfarrer von Erlbach war nicht anwesend, und das wunderte viele. Neben Beamte und Geistliche hatten sich angesehene Bürger von Ruhbach gezeigt, welche damit ihre Zugehörigkeit zum guten Publikum zeigten wollten. Weiter nach rückwärts drängten sich Mann an Mann die Bauern aus der Umgegend.

Die Dorfschaften hielten sich zusammen; die Giebinger, die Erlbacher, die Beblinger, die Leute von Schach, Fahrenhausen, Zillhosen, Aufhausen und Grubhof, die Brittlbacher, Arnbacher, Inzemoos und Bierkirchner. Und wie die Gemeinden sonst heißen möchten. Ein Kunziger bemerkte, daß auch die politische Meinung bei der Wahl der Plätze sich geltend gemacht hatte. Die schärfsten Feinde der bestehenden Ordnung hielten gute Nachbarschaft und sahen näher an der Tribüne.

In den vordersten Reihen die Grubhofer und Arnbacher, mit dem Wanninger und Scheibshuber in ihrer Mitte. Gleich hinter ihnen sah man das verwitterte Gesicht des alten Rädlmayer von Schach und nebenan den breitschulterigen Stuhlberger und den Gottesleugner Weisinger von Giebing.

Die argen Feinde des Detans Meh, welcher den Entwurf seiner Fenster und andere üble Dinge nur diesen beiden zuschrieb. Unweit von ihnen sah der Hirner von Aufhausen. Er mußte durch fünf Dörfer wandern, ehe denn er nach Ruhbach kam, und in jedem Dorfe gab er

dem Worte die Ehre und jedem Bescheid, der ihm zutraf. Deswegen glänzten seine Augen, und seine Stimme geloste durch den Saal, wenn er einen Bekannten grüßte.

Von den Erlbahner war der Haberschneider anwesend, auch der Zwerg, der Wehrbrunner und der alte Florian Weiß. In den hinteren Bänken sahen die Leute, die aus Neugierde gekommen waren, und keine Partei nehmen wollten. Auch wieder andere, die zu spät gekommen waren. Die meisten jungen Burschen; Kopf an Kopf standen sie in dichtem Gedränge, und immer polterten noch andere die hölzerne Stiege herauf und drückten sich mit groben Elsbogen in den Saal.

An zwei Wänden entlang lief eine hölzerne Galerie; sie war so überfüllt, daß der Sternbräu ängstlich wurde und einen Teil der Leute herunterweisen ließ.

Die vorne sahen und die Köpfe auf das Geländer stützten, hatten die besten Plätze. Darunter war einer, der seine schlauen Augen in alle Ecken schickte. Der Geitner von Erlbach.

Im Saale war großes Lärm. Die Leute unterhielten sich lebhaft miteinander; einer schrie dem andern ein lustiges Wort zu, über drei Bänke hinüber, von unten zur Galerie hinauf und wieder herunter; viele redeten zu gleicher Zeit, und keiner redete still. Aber durch alles Poltern und Lärm und Schreien hindurch klang eine Stimme, so hell und scharf und in so hohen Tönen wie eine Trompete. Das war die Stimme des Hirner von Aufhausen.

Auf der Rednertribüne sahen der überwachende Assessor Hartwig und die Einberüster, Schüchel, Wimmer und Prantl. Neben ihnen ein Bauer in grauer Lodenjacke. Gesicht und Gestalt ließen sogleich erraten, daß er nicht aus dem Flachlande war. So hoch und gerade wachsen die Leute nicht, die hinter dem Pfluge hergehen. Er war aus den Chiemgauer Bergen, ein Ruhpoldinger, mit Namen Bachenauer. Seit einigen Jahren schon bekannt als rühriger Ver-

treter der Bauernsache, und wie man ihm nachrührte, ein guter Redner. Viele betrachteten ihn mit großer Aufmerksamkeit, und der Rädlmayer sagte zu seinem Nachbarn: „Dös ist der sell, über den die Gesichtlichkeit so scharf eing'ruft is. Aber nachgeben tuat er gar ic. Er versteht's glei besser, als wie 't a Studierter.“

Und der Hirner schrie über alle Köpfe weg: „Bachnauer, soll's scho glei leb'n aa!“

Da schaute der Ruhpoldinger in den Saal hinein und lachte vergnügt. Der Assessor hatte schon mehrmals auf die Uhr gesehen, als sich nun endlich der Leiter der Versammlung, der Schuhmachermeister Prantl, erhob und mit einer Handschelle läutete.

Der Lärm ging in ein Gemurmel über und verstummte allmählich. Man hörte noch, wie draußen auf dem Gange der Bierzapfen in ein Glas geschlagen wurde, und dann war es still.

Prantl räusperte sich und nahm ein Blatt Papier zur Hand. Er war kein geübter Redner, überdies lichen sich auch seine schön gesetzten Sätze nicht gut auswendig lernen.

Und so las er sie ab:

„Liebe Standesgenossen, Bauern und Bürger in Stadt und Land! Allgemein herrscht das Bemühen, durch Vereinigung der gesammelten Kräfte aus dem Mittelstande der Allgemeinheit zu zeigen, daß sich der Zeitenlauf geändert hat und nicht mehr mit Schweigen geduldet wird.“

Deshalb haben sich einige Männer aus dem Gewerbe stande entschlossen, diese Versammlung einzuberufen, auf daß wir nach des Uebels Quelle forschen können, welches den allgemeinen Wohlstand bedroht und gerade diejenigen Kreise in seinen Bereich zieht, welche bisher als die Säulen des Thrones in Betracht kamen. Daß Bauern und Gewerbe auf das engste zusammengehören, wird gewiß einer mit Menschenverstand nicht leugnen wollen. Geht es dem Bauern nicht gut, so wird dies auch bald

zusammenbrechen muß. Nur solange die brutale Willkür der preußischen Polizei bestehen bleibt, kann das Zentrum über seine Knechte herrschen, und diese Büttelherrschaft müßte aufhören, wenn Preußen ein Rechtsstaat wird. Warum aber die Junker gerade jetzt so wütig schreien, ist klar: sie sehen mit Schrecken, daß alle Welt sich gegen sie wendet, daß selbst die nationalliberalen Schächer sich von ihnen wenden, wie die Ratten, die das sinkende Schiff verlassen. Als letzte Verbündete bleiben die Pfaffen, aber der katholische Klerus, das wissen die Junker sehr wohl, hat stets seine eigne und niemals fremde Politik gemacht: das Zentrum wird in dem Augenblick, wo es sieht, daß es den breiten Volksmassen ernst ist mit dem Kampfe gegen das preußische Wahlrecht, sich nicht der Gefahr aussehen, seinen immer mehr schwindenden Anhang unter den Arbeitern zu verlieren. Die Junker würten, weil sie sehen, es bleibt ihnen nur noch ein Mittel, ihre Stellung zu behaupten: der Säbel, der haut, und die Flinten, die schießen.

Die Entscheidung rückt immer näher, und es wird sich zeigen müssen, ob die übrigen Gruppen der herrschenden Klasse in Preußen-Deutschland Selbstvertrauen und Spannkraft genug haben, um die Junker zu zähmen. Auch welche Kreise des Bürgertums haben schließlich eingesehen, es gehe nicht weiter so, das Gesetz, das Millionen preußische Bürger zu politischen Heloten der Junker stempelt, muß fallen. Nur so erklärt es sich, daß Wilhelm II. sein Versprechen gab, das Wahlrecht zu reformieren. Aber von Worten des Königs von Preußen bis zu Taten gegen den Willen der Junker ist schon immer ein weiter Weg gewesen. Aber törichter ist auch, daß das Proletariat nie und nimmer den einmal begonnenen Kampf aufgeben wird. Die Junker vertrauen auf die rohe Gewalt. Dieses Vertrauen hat noch jeder herrschenden Klasse das Grab gebrüder, weil eben die Kraft auf Seiten des Volkes ist. Es liegt an der herrschenden Klasse, den blutigen Kampf zu vermeiden, und zu diesem Zweck ist es nötig, die Junker zu bändigen und den bissigen Röter an die Kette zu legen, so lange es noch Zeit ist.

Die rote Flut steigt. Keine Gewalt wird sie aufhalten. In Preußen-Deutschland umbrandet sie heute am stärksten den morschen Wall des preußischen Wahlrechts, und er wird hinweggeschwemmt werden.

## Reichstag.

4. Sitzung, Sonnabend, den 4. Dezember, vormittags 11 Uhr.  
Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, v. Tiefenb.

Nach debatteloser Annahme eines freilinigen Antrags auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Hansen (Dän.) folgen die gesamten Interpellationen.

Die Abg. Dr. Wiemer (kreis. Bp.) und Singer (Soz.) erklären übereinstimmend, daß die Beratung der beiden (freilinigen und sozialdemokratischen) Interpellationen über die Vorgänge auf der Kieler Werft lieber noch um einige Tage herausgeschoben werden möge, da die Einzelheiten des Urteils noch nicht bekannt seien.

Staatssekretär v. Tiefenb erklärt sich bereit, die Interpellationen am Montag zu beantworten.

Die sämtlichen übrigen Interpellationen (Zwangswirtschaftsnachweis der Zeichen, Versicherung der Privatbeamten, Unterstützung der arbeitslosen Fabrikarbeiter, Vordringen beim Max-Hirsch-Schiff, Gewisse gegen das Reichsvereinigungsgesetz), erklärt sich Staatssekretär Delbrück, in Wiedergabe, deren stets gleichbleibender Vorstadt befindliche Heiterkeit erreicht, betont, daß lediglich mit dem Präsidenten zu vereinbarenden Tage zu beantworten.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung über die Hinausschiebung des Juristen Trimborn.

Abg. Sachse (Soz.): Die Lex Trimborn war das Schönheitsprästötchen, das vom Zentrum auf die ungeheurende Belastung der Volksmassen gelenkt wurde. Im Zentrumsflugblättern hieß es: „Jeder Pfennig mehr, der aus den Lebensmittelzölle ein geht, ist ein Sparpfennig für die Witwen und Waisen.“ (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz.) Das Ungehörlichkeit dabei ist, daß dasselbe Zentrum durch sein Eintreten für die Einführung die Mitschuld daran trägt, daß Millionen Tonnen deutschen Roggens über die Grenze geschafft werden, um den deutschen Getreidemarkt zu entblößen, der Reichstasse und somit auch der Witwen- und Waisenversicherung Einnahmen zu entziehen, und die deutschen Getreide und Brotpreise ungeheurelich hoch

der Städter empfinden. Es ist daher gleich, ob man vom Bauernstand oder vom Gewerbestand spricht; beide stehen verbunden miteinander, den Nährstand des Landes vor. Deshalb haben besorgte Männer den Entschluß gefasst, gemeinsam zu operieren und zu diesem Zweck alle einzuladen, welche sich für das Interesse des Mittelstandes tätig erweisen wollen. Ich eröffne hiermit die Versammlung und fordere Sie auf, einen Vorsitzenden zu wählen.“

„Mir nehman an Schaua!“ schrie der Hirner, und andere schrien mit: „Jawohl! Da Prantl! An Schaua!“ Da trat der Einberufer Wimmer vor und sagte, es scheine ihm, daß eine große Mehrheit den Herrn Prantl zum Vorsitzenden haben wolle. Wer dagegen sei, möge sich von seinem Platz erheben. Niemand stand auf, und der Amtsrichter Kroiß rief laut: „Das ist der passende Präsident für diese Versammlung!“

Jakobos Prantl erklärte, daß er die ehrende Wahl annehme, und daß er jetzt das Wort dem verdienten Manne und Bauernführer Peter Bachenauer erteile, der aus dem fernen Gebirge herbeigeeilt sei, um durch sein Wort der allgemeinen Sache zu nützen. Lauter Beifall erhob sich; und der alte Rädlmayer warf in der Freude seines Herzens den Hut in die Höhe. Der Peter Bachenauer trat ein paar Schritte vor und wackelte, bis sich der Lärm gelegt hatte. Fast alle Bergbauern verstanden es, vor der Oeffentlichkeit ohne Scheu aufzutreten. Sie haben Lebhaftigkeit in der Bewegung und eine leichte Art zu reden. Rasche Auffassung und großer Schlagfertigkeit ermöglichen ihnen, mit geringen Kenntnissen Wirkungen zu erzielen.

Die größten naturgemäß vor schwierigen Adelsbauern, die nichts seltener besitzen, aber auch nichts höher schätzen als Rednergabe. Und die sie an niemandem mehr bewundern, als an ihresgleichen. Darum konnte der Peter Bachenauer schon im voraus seines Erfolges sicher sein. Und er war es. Es lag viel Selbstbewußtsein in der Art, wie er vor den Leuten stand. Man sah deutlich, daß er die Wirkung jedes Satzes berechnete und sie absichtlich durch Schlichtheit des Ausdrucks steigerte, daß er Ruhe nicht nur besaß, sondern sie auch recht augenfällig zeigte, um hierdurch die Sicherheit seiner Überzeugung zu unterstreichen.

zu halten. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Herr Besser erging sich gestern in Klagesiedern über die unschöne Agitation der Sozialdemokratie in Westfalen. In dem Augenblick, da es gilt, alle Bergarbeiterorganisationen zu einer festen Phalanx gegen die Grubenbarone zusammenzuschließen, wirkt der Zentrumsredner wieder mal einen Bankauf in die Reihen. Ich habe 20 Jahre lang mit allen möglichen politischen Parteien in Sachsen gekämpft; aber als ich nach Westfalen kam, da sah ich denn doch, daß keine andre Partei so schosele und verlogene Agitationsmethoden fertig bekommt, wie das christliche Zentrum. Nun und immer wieder führt das Zentrum gegen uns ein Flugblatt an, in welchem die Rede davon ist, daß Herr Brust mit 30 000 Mark bestochen worden sein soll. Das Flugblatt ist von Leuten verfaßt worden, die schon vorher aus dem Verband und der Partei ausgeschlossen waren. Auch die liberalen und die unparteiische Presse hat wiederholt bestätigt, daß Verband und Partei nicht das geringste mit dem Flugblatt zu tun haben; aber immer und immer wieder kommt die Zentrums-presse darauf zurück. (Vizepräsident Dr. Spahn bittet den Redner, sich auf den Gegenstand der Debatte zu beschränken.) Ich antrete nur auf Angriffe des Herrn Beder, der alle diese Dinge zuerst in die Debatte gebracht hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das übrigens alle seine Verdrehungen dem Zentrum nichts nützen, hat die Essener Gewerbege richtswahl gezeigt, bei der das Zentrum 1235 Stimmen verloren hat. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Stadhagen (Soz.): Wir stimmen gegen die Novelle, weil hier wieder einmal die Witwen und Waisen um ein gesetzlich festgelegtes Recht geprellt werden sollen. Die Herausgabe wird damit begründet, daß eine andre Versicherungsvorlage, die mit den Ansprüchen der Witwen und Waisen aus § 15 des Sozialgesetzes nicht das allergeringste zu tun hat, noch nicht so weit geschildert worden ist, daß sie Gesetz werden kann. Es ist unzweckmäßig, daß der ganze Grundgedanke der gesamten Versicherungsgesetzgebung Schiffbruch gelitten hat, daß endlich dazu übergegangen werden muß, unser Antrag von 1881 näherzutreten, wonach die Kosten durch Aufschläge auf die höheren Einkommen ausgebracht werden sollen. Statt dessen wird es sobleiben, wie sonst in der Versicherungsgesetzgebung: die Witwen und Waisen und ihre Ernährer sollen die Beiträge aufbringen, statt daß sie von denen ausgebracht werden, die Hunderte von Millionen durch den Zolltarif geschluckt haben. Es ist eine Verdöhnung der Witwen und Waisen, daß ihnen das bisherige Recht nun genommen werden soll, daß der Antrag Trimborn ihnen geben wollte. Und das genügt, die Vorlage abzulehnen. — Man soll doch nicht von den Schwierigkeiten der gesetzlichen Regelung dieser Materie sprechen. Wenn es sich um eine neue Steuervorlage, um eine Belastung der breiten Volkschichten handelt, dann arbeitet man im Handumdrehen, dann werden in einer Stunde ganze Anträge ein- und durchgebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alles Werkvolle ist aus dem Antrag Trimborn herausgerissen; es bleibt nichts übrig als ein hohler Raum, und der wird nun den Witwen und Waisen von Herrn Trimborn selbst in eigentlichster Selbstverständlichkeit als das eigentliche Werkvolle, als das Ideale geurteilen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz.) — Herr Beder, stützt auf die Sache selbst einzugehen, erging sich in Betrachtungen über alle möglichen Dinge, die mit dem Gegenstand auch nicht das geringste zu tun haben. Ich dachte dabei an gewisse giftige Tiere des Meeres, die mit den natürlichen Rücksichtsgesetzen Großgrundbesitzern des Meeres, Krebsen und Hummern (Lebhafte Heiterkeit) in Gemeinschaft leben, und die, wenn Krebs und Hummer auf Raub ausgehen, ihr Gift versprengen und dadurch die Wässer trüben. (Sehr gut! bei den Soz.) — Herr Trimborn hat behauptet, wir bezeichneten es als Verhöhnung und als Hochstapelen, wenn den Witwen und Waisen etwas gegeben wird. Das stimmt in keiner Weise und schon darum nicht, weil die Hochstapler tatsächlich nur an Neichen ihre Künste üben. (Große Heiterkeit und lebhafte Diskussion! — bei den Soz.) Hier aber handelt es sich um die Armutssort der Armen. Von jedem 100 Mark, die der deutsche Proletar ausgibt, hat er 78 Mark an die Großgrundbesitzer zu zahlen, um die Witwen und Waisen dagegen nach dem letzten Vorschlag des Herrn Trimborn 8,50 Mark. Wenn man jemandem 100 Mark nimmt, 78 davon den Großgrundbesitzer gibt, und ihm dann 8 Mark wieder zurückgibt, so ist das wahnsinnig keine Fürsorge, sondern in der Tat eine blutige Verhöhnung. — Derselbe Herr Trimborn, der hier erklärt, wir hätten uns gegen die Witwen- und Waisenversicherung ausgesprochen, hat im Jahre 1892 einen Antrag des Zentrums mit unterzeichnet, in welchem dasselbe getreu seiner alten feindlichen Haltung gegen die Invalidenversicherung die Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter in Bergwerken und sonstigen großen Betrieben verlangt. (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz.) — Schon 1902 hat mein Freund Molkenbuhr darauf hingewiesen, daß alle die optimistischen Berechnungen des Herrn Trimborn blauer Dunst seien, daß nicht 81, sondern höchstens 14 Millionen durchschnittlich herauskommen würden, und daß auch diese flöten gehen würden, wenn der Identitätsnachweis

angenommen würde. Er ist aber angenommen worden; das Zentrum hat für ihn gestimmt, und damit den Witwen und Waisen die Gelder gemauert, die es ihnen in Aussicht gestellt hatte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Trimborn stellt sich hier als Columbus vor, der das Schiff glücklich in den Hafen gebracht habe. Jedes Seean im würde einen solchen Kapitän für erfahrlustig machen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Herr Trimborn, der große Freund der Witwen und Waisen, hat für das glückliche nicht aufgestanden gekommen; das Gesetz gestimmt, das den Arbeitern das Recht nehmen wollte, sich selbst Kassen für die Witwen und Waisen einzurichten. Besser ist es freilich, daß eine solche Versicherung von Reichs wegen eingeführt wird, und das ist keine Wohltat, sondern das gute Recht der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn hohen oder niederen Beamten gesetzlich zu einem bestimmten Termine eine Gehaltsverhöhung angelegt wäre, und der Termin würde dann um 1½ Jahr hinausgeschoben, so würde das Zentrum mit Recht von einer Expropriation der Beamten sprechen, also kann es sich nicht beklagen, wenn wir ihm eine Expropriation der Witwen und Waisen vorwerfen. — Wir bitten dringend um Ablehnung des Gesetzes, zum mindesten aber um Kommissionsberatung. (Lebhafte Bravo! bei den Soz.)

Abg. Giesberts (Zentr.): Auf den langen Sermon des Herrn Stadhagen gehe ich nicht ein. (Lachen bei den Soz.) Wenn Herr Sachse auf Ehrenwort versichert, daß der Verbandsvorstand das 30 000-Mark-Flugblatt weder geschrieben noch veröffentlicht hat, so haben wir keine Ursache, daran zu zweifeln. Aber Herr Sachse hat zugeben müssen, daß das Flugblatt verbreitet worden ist, daß Beamte seines Verbandes es verbreitet haben, und daß einer dieser Beamten noch im Dienst des Verbandes steht. Außerdem ist das Flugblatt in der sozialdemokratischen Parteidruckerei der Rheinischen Zeitung gedruckt worden. (Zuruf bei den Soz.: Privatdruckerei!)

Abg. Behrend (wirlich. Bp.) stimmt der Novelle zu.

Die Debatte schließt. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freiheitlichen und Nationalliberalen abgelehnt; in zweiter Lesung wird das Gesetz debattelos gegen die Sozialdemokraten und die meisten Freiheitlichen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Handels- und Schiffsahrsvertrages mit Portugal.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Im Interesse unserer Industrie lag ein neuer Handelsvertrag mit Portugal, nachdem der alte im Jahre 1892 von Portugal gestilligt war. Wir haben erreicht, daß für 72 Prozent unserer Ausfuhr die bisherigen Zollsätze bestehen bleiben, und daß für die Produkte, soweit eine Bindung der Sätze des Tarifs von 1892 nicht erreicht wurde, zum mindesten eine Grenze der Höchstsätze festgesetzt wurde, sowie daß unser Ausfuhrhandel und unsere Schifffahrt nach Portugal nicht differenziert wird. Ich bitte um Zustimmung zu dem Vertrage, dem die portugiesischen Cortes und unser wirtschaftlicher Ausschuß zugestimmt haben.

Abg. Dr. Pieper (Zentr.): Beim Antrag auf Überweisung an eine 28gliedrige Kommission. Der Vertrag ist erst vor vier Wochen veröffentlicht. Deutschland trägt die Kosten. Portugal hat die Vorteile. Die hohen Seidenzölle müssen geradezu als Prohibitivzölle gegenüber unserer Seidenindustrie wirken, während wir Portugal z. B. erhebliche Vorteile für seine Süßfrüchte gewähren. Wir müssen uns überlegen, ob wir einen solchen Vertrag zustimmen können. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Graf Ranft (lins.): Möge das Prinzip der Gegenseitigkeit auch bei der Regelung unserer Handelsbeziehungen zu Nordamerika gewahrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Im vorliegenden Vertrage ist besonders bedenklich die Bestimmung, daß Portugal gewisse Zollsätze noch während der Vertragsdauer erhöhen darf. Andernfalls wird unser Weinbau durch unsere niedrigen Weinzölle geschädigt. Wir dürfen aber bei dem Anwachsen der schwarzländischen Bewegung in Portugal nicht verzögern, daß eine Bindungsschließung des Vertrages unsere Position verschärft. Wir müssen also den Vertrag wohlwollend prüfen. Dem Antrage auf Kommissionsberatung schließen wir uns an.

Abg. Merkel (nat.-lib.): Der Vertrag schließt große Teile unserer Industrie vom Export nach Portugal aus und ist gerade keine verdienstliche Leistung der deutschen Diplomatie. Unter bisheriger Gesandtschaft in Portugal wollte augenscheinlich den Vertrag noch vor seiner Reise von Lissabon nach Madrid unter Daß bringen, aber mit dieser Überweisung ist der deutschen Industrie kein Dienst geleistet worden. Alle Vorteile liegen auf Seiten Portugals, alle Nachteile auf Seiten Deutschlands. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Vertrag ist in französischer und portugiesischer Sprache aufgestellt worden, aber der portugiesische Text ist dem Reichstage nicht zugegangen, und der französische Text stimmt feindselig mit dem portugiesischen Überein. (Hört, hört! links.) Die Übersetzung soll von

„Dem höchst guat nausgeb'n. Laß it aus!“  
„De schlechte Erfahrung hat uns g'scheiter g'macht. Mir sag'n jetzt, zu was sollen denn mit allawet anderne für uns reden lassen? Mir wollen amal selber sag'n, was uns fehlt, und mit wollen's so laut sag'n, daß ma's hört.“

Desweg'n bin i zu enk herkemma. I will enk net helfen, wie der Herr da g'sagt hat. So was kann i net versprechen, weil i alao z'schwach bin dasfür. Na, i will nix anders, als enk auffordern, ob sollt's enk selm helfen.

Wia soll dös der Bauer macha? Ja, i moan halt, g'räd so, als wie de andern Leut' a. Dös is foa neue Sach' de ma erst ausprobier'n muaz.

Mir sehg'n alle Tag', daß de andern Ständ' recht guat geht. De Herren Beamten, de Geistlichen, Warum is' bei bina anderst?

„Weil sie was gelernt haben,“ schrie der Amtsrichter.

„Dös glaub i net. Wenn bloß d' G'scheitheit zahlt wer'n hat, nach gang's viele schlecht. Es hamm's aber alle gleich guat. Dös hat scho an andern Grund. Well de meisten im Landtag drin Beamte und Geistliche san, und de machen's so, daß eahna selber guat geht, und ma hoaft dös „Aufbessern“.

„Wo und wann sind die Geistlichen aufgebessert worden?“, rief Kroiß, und der Delan Meß sagte mit seiner fetten Stimme:

„Das ist eine offenhare Nügle!“

Bachenauer ließ sich nicht aus der Ruhe bringen.

„Vorderhand san amal de Beamten aufbessert worn,“ rief Kroiß, und der Geistlichen Herrn aa' an Brocken kriag'n.“

Der Amtsrichter sprang auf und fuchtelte mit den Armen:

„Wo und wann sind die Geistlichen aufgebessert worden?“

Diese Heftigkeit mißfiel den Leuten, am meisten dem Hirner:

„Halts Mäu, du Herrgottsdäremant!“ schrie er, und viele schrien es nach. „Mäu halt'n!“

(Fortsetzung folgt.)

„Grüß Gott, Landsleut!“ sagte er. „I muaz enk d'scherscht sag'n, wer i bin. Denn wenn ma zu oan kinnit, von dem ma was will, is dös allererst, daß ma si a'kenna gibt. Sunst hat der ander foa Vertrau'n und denkt si, mit an Fremden hat ma foa Handelschaft. Und i will was von enk; ob sollt's mir helfen, daß mir a Haus bau'n, wo alle Bauern drin Blaz hamm. Dös is a großer Sach', und da muaz i ent sag'n, wer i bin und was i hab', daß i ent zu so was guffordern darf. I bin nix, als wie i a Bauer; und i hab' nix als an Kloa Hof und a fünf Küla im Stall und de paar Marklin, de i mit dös ganz' Jahr z'rüdleg', trag' i in d' Sparkassa; dös hoaft, ins Rentamt. Da is dös Geld guat o'glegt, und ma kinnit net in Versuchung, daß ma's wieda rausnimmt.“

Lautes Gelächter ließ durch die Reihen. Der Hirner schrie:

„Dös is a Quada!“  
„Aber an arm's,“ sagte der Bachenauer.  
„Also, was i hab', is net viel.“ fuhr er fort. „Aber zu dem, was i von enk will, braucht ma foa Geld, ma braucht bloß a Vertrauen. Und dös Vertrauen könnt's hamm; net auf mi selber oder auf mi alao, sondern auf alle, de dös nämliche wollen. Dös san viel' Leut', und alle mitanander passen a'famm und passen zu enk; denn es san Bauern, g'räd so wie dös. De Leut' hamm mi herzschäkt, daß mir amal mitanand reden und schaug'n, ob mit bei enk net an Beistand finden. I moan, des sell funnt leicht g'schehg'n. Was uns weh tuat, tuat enk net wohl; was uns net pocht, dös mögl's dös net. Hamm mir die nämliche Krankheit, nacha much uns do des nämliche Mittel helfen.“

„Das Mittel haben natürlisch Sie,“ rief der Amtsrichter Kroiß.

„I alao net,“ sagte der Bachenauer. „I bin foa Dokta, i bin selber a Patient. Und desweg'n woah i, was uns fehlt, und woah aa, daß der Dokta, den ma bis jetzt g'habt hamm, nix wert is. Der hat si bloß allzuviel brav zahl'n lassen und hat sie net d'rüm kinnert, ob mir von van Tag auf den andern kräcker wor'n san. Der schlechte Dokta hoaft Zentrum.“

Sturmischer Beifall lohnte die schlagfertige Entgegnung. Der Hirner schrie:

einer Maschinenschreiberin stammen (Große Heiterkeit), nämlich einer tüchtigen, inzwischen verheirateten Dame, die aber keine große Sprachkenntnis hat. (Große Heiterkeit.) Mit der Ratifizierung eines solchen Vertrages, der die tollsten Verwechslungen enthält, in welchem Wirkwaren mit Stoffen verwechselt werden. (Große Heiterkeit), würden wir uns in der ganzen Welt blamieren. Die Art und Weise, wie man diesen Vertrag zu Gunsten gebracht hat, kann das Vertrauen der deutschen Industrie zu unserer Diplomatie keineswegs erhöhen. Schunglos wird durch diesen Vertrag die deutsche Exportindustrie preisgegeben, und andre Erwerbsstände profitieren nichts von dieser Preisgabe. Der wirtschaftliche Ausschuss ist gar nicht in der Lage, die vielfältigen Interessen der Industrie wirksam zu verteidigen. Große Industrien sind in ihm überhaupt nicht, die hochwichtige schwedische Industrie durch ganze zwei Leute vertreten. Wenn Deutschland nicht bessere Exportpolitik treibt, jagt es seine Arbeitslosen ins Ausland. (Lachen rechts. Sehr richtig! links.) Im Namen des überwiegend größeren Teiles meiner Freunde verlange ich dringend größere Rücknahme auf die Exportindustrie. Wir beantragen Überweisung des Vertrages an eine besondere 28gliedrige Kommission. (Beifall links.)

Gehörig Mütter erklärt, nicht der französische, sondern der portugiesische Text sei maßgebend, und sucht die Einwände des Vortredners zu entkräften. Auf Einzelheiten könne man in der Kommission eingehen.

Abg. Dubbedberg (Frei. v.): schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberatung und im wesentlichen der Kritik des Abgeordneten Merker an. Das große Deutschland lädt sich vom kleinen Portugal die Bedingungen vorschreiben. Das ist ein Anrecht für alle kleineren Staaten, ebenso zu versetzen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Eibekum (Soz.): Wir sind hier dabei, wo es gilt, die Handelsbeziehungen mit dem Ausland zu verbessern; wir haben für alle Handelsverträge gestimmt, soweit nicht die Bindung hoher Lebensmittelzölle es unmöglich mache. Wir wünschen selbstredend auch einen Handelsvertrag mit Portugal. Die Frage ist nur, wie weit der vorliegende Vertrag berechtigten Anforderungen genügt. Die eingehende und sachkundige Kritik seitens des nationalliberalen Redners zeigt uns, welche schweren Bedenken obwalten. Vergessen wir nicht, dass Portugal zwar formell ein unabhängiger Staat, wirtschaftlich aber nichts als eine englische Provinz ist. Durch das portugiesische Schutzzollsystem begünstigt, macht sich das in Portugal investierte englische Kapital die portugiesische Industrie untertänig. Graf Kanitz und Herr Merkel sprachen bedauern von den schwarzärmischen Bestrebungen in Portugal. Das alte Lied: die Schuhhändler des einen Landes sind heftige Gegner der Schuhhändler des andern Landes.

Die gleichen schwarzärmischen und agrarischen Bestrebungen rufen in Portugal dieselben Erscheinungen hervor wie in Deutschland; auch unser famosus Identitätsnachweis hat in Portugal ein übrigens anständiger Gegenstück. Die namentlich dank der Herrschaft der katholischen Kirche und dem schlechten Schulwesen bedürfnislos dahinveggierende Massen der portugiesischen Bevölkerung stellt ein wenig laufkräftiges Publikum für höhere Industrieprodukte dar. Interessant waren die übrigens durchaus berechtigten Angriffe des nationalliberalen Redners auf unsre unfähige Diplomatie. Woher soll auch die Fähigkeit einer Kaste kommen, die sich eigentlich nur durch Inzucht fortsetzt. (Sehr richtig! links.) Die Nationalliberalen sollten daher die Bestrebungen der Sozialdemokraten und Freiheitlichen, Wandel zu schaffen in unserm diplomatischen Dienst, unterstützen, auf daß nicht mehr die Diplomatie die Domäne einiger ausserwählter Familien bleibt. (Sehr wahr! links.) Mit der Kommissionsberatung bin ich einverstanden; aber es werden kaum Verbesserungen erzielt werden. Da die portugiesischen Cortes den Vertrag bereits ratifiziert haben, stehen sofortigkeiten vor einer vollendeten Tatfrage. Die hier getroffene Opposition wird kaum nachhaltig genug sein, um durch Verbesserung des Vertrags der Diplomatie einen gründlichen Dienstzettel zu geben. Das in Zukunft nur der französische Text maßgebend sein wird, zweifle ich sehr an. Ich glaube kaum, daß die portugiesischen Gerichte sich nicht auch an den portugiesischen Text halten werden. — An Handelsverträgen sind nicht bloß die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter stark beteiligt, als ein guter Handelsvertrag kann aber der vorliegende nicht bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Einz (Reichsp.): Die weitesten Kreise sind enttäuscht über diesen Handelsvertrag. Am wirtschaftlichen Ausschuss war die Exportindustrie fast unvertreten. Der Vertrag ist viel zu spät veröffentlicht. Kreisförmige Veröffentlichungen der Kolonialzeit Zeitung über Einzelheiten sind von der Regierung nicht widerlegt worden. — Unrechtmäßige Stellungnahme behalten wir uns vor; vorläufig sind wir mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Staatssekretär Delbrück: Viele Vorwürfe werden im nächsten Licht des Kommissionssitzes auf Helligkeit verlieren. Wir haben Vorfahrtshälfte erreicht, als einen bloßen Meistbegünstigungsvertrag. Auf alle Wünsche können wir nicht Rücksicht nehmen, denn es gibt so viele Bedürfnisse und Wünsche, als es Köpfe gibt, und die Kunst, es allen recht zu machen, ist noch nicht erfunden. Man muss sich mit möglichster Ausgleichung der verschiedenen Interessen begnügen. Die meisten Handelskammern haben auf meine Anfragen, betreffend den portugiesischen Handelsvertrag, überhaupt nicht geantwortet. (Hört, hört! rechts.) Wir müssen in erster Linie den inländischen Markt schützen.

Hieran verträgt sich das Haus auf Montag 2 Uhr (Unter-  
stitution über die Kieler Wettbewerbe, Fortsetzung der heutigen Beratung usw.)

## Gewerkschaftsbewegung.

### Einblicke in amerikanische Organisationen.

Interessante Einblicke in die Verhältnisse der amerikanischen Gewerkschaften hat eine Studienreise deutscher Gewerkschafter gebracht, die auf Kosten des Verbands der Lithographen und Steinbrüder, resp. ihrer Internationale, das Dolarland aufsuchten. Es handelte sich dabei um die polygraphischen Gewerkschaften.

Die Organisationen halten teilweise auch heute noch gern an der Branchenverbündung fest. Es ist nicht nur der Lithograph vom Steinbrüder gesondert organisiert, es sind auch noch verschiedene Lithographenbranchenorganisationen vorhanden. So nimmt die Zentralorganisation der Steinbrüder nur in einer Stadt — New York — auch Merkantillithographen auf, daneben besteht ein Zentralverband der Chromo- und Merkantillithographen. Die Plakatolithographen haben wieder ihre eigene Zentralorganisation, die Chemigraphen, die Steinbrüder lithographen, Kupferdrucker und Tapetendrucker haben alle ihre besondere Organisation. In Deutschland bilden sie sämtlich, mit Ausnahme der Hilfsarbeiter, einen Verband. Wie fremd sich diese Verbände auch heute noch gegenüberstehen, geht daraus hervor, daß ein Lithograph, der früher bei den Steinbrüdern organisiert war, Eintrittsgeld bezahlen muß, wenn er zum Lithographenverband übertritt will. Ebenso ist es umgekehrt. Dennoch so geht es einem Plakatolithographen. Doch schlimmer ist es aber, wenn ein Lithograph in den Verband der Plakatolithographen übertritt will, er muß dann erst noch einmal eine vierjährige Lehrlingstätigkeit absolvieren, ehe ihn diese Organisation aufnimmt. Es wäre gar nicht recht verständlich, daß sich diese Leute so abschließen, wenn dies nicht ein Zug wäre, der durch die amerikanischen Gewerkschaften im allgemeinen geht. Zu dieser außergewöhnlichen Branchentrennung

kann noch gesagt werden, daß die polygraphischen Organisationen darüber jetzt ernstlich daran denken, sich ebenfalls zu vereinigen, und zwar nach deutschem Muster.

Die amerikanischen Organisationen versuchen durch zweierlei sich stark zu erhalten, einmal durch die *Entrittsgelder*, zum andern durch die *geschlossenen Shops*. Diese letzteren bestehen in einer ganzen Reihe von Industrien. Es sind darunter Geschäfte zu verstehen, die nur Verbandsmitglieder beschäftigen dürfen. Der Arbeitsnachweis ist dann in den Händen der Arbeiter. In allen solchen Betrieben werden nur Union-Lohn beschäftigt, das heißt solche, die den Union-Lohn, den Mindestlohn verdienen. Da die Zugehörigkeit zur Organisation einen verhältnismäßig hohen Lohn garantiert — denn organisiert sein, ist gleich Arbeit finden —, so stellen sich die Verbände auf den Standpunkt, nur Leute aufnehmen zu können, die imstande sind, den Union-Lohn zu verdienen. Deshalb nehmen sie auch „mindernwertige“ Angestellte überhaupt nicht auf. Dem Fremden wird deshalb auch gesagt, daß man ihn aufnehmen sollte, wenn er den Nachweis erbringe, daß er „ein wichtiger Arbeiter“ sei. Dies ist natürlich so lange sehr schwer, als die Unternehmer eben an die geschlossenen Shops gebunden sind; sie dürfen ja dann einen unorganisierten Arbeiter gar nicht einstellen. Solch ein Ausschlussystem geht natürlich nicht auf die Dauer. Recht klar hat dies gerade die Entwicklung im polygraphischen Gewerbe bewiesen. Ein großer Streit, der das ganze Jahr 1908 andauerte, hat in diesem Gewerbe nicht nur die geschlossenen Shops, sondern fast auch die ganze Organisation zentralisiert, und nicht am wenigsten eben durch den Ausschluss organisatorisch williger Arbeitskräfte. Denn nur selten wird ein Einwanderer zurückgegangen sein, weil er in seinem Beruf keine Arbeit fand, er hat in der Regel eine andere Arbeit ergripen und auf die Gelegenheit gewartet, in seinem erlernten Beruf unterzutreffen. Diese Gelegenheit tat der Streit von 1908. Recht waren die Geschäfte offen und nun tauchten plötzlich die Steinbrüder und Lithographen aller Nationalitäten auf die zum Teil schon lange in Amerika waren, aber dem Verfremdeten worden waren. Dieser Umstand hat nicht wenig dazu beigetragen, daß der Streit, der etwa ein Jahr dauerte, schon in den ersten drei Monaten verloren war. Als dann die Organisationen ihren Fehler einzusehen begannen, und sich auch den vorher geschlossenen öffneten, war es natürlich oft genug zu spät; die Verbitterung war zu groß geworden. Der Streit wurde völlig verloren und die Organisationen brachen fast völlig zusammen. An ihrem Ausbau der früheren Größe wird heute noch gearbeitet. Anerkannt muß werden, daß dies in verbesselter Form unter Verminderung der alten Fehler geschieht. Trotzdem will es schwer halten, von der alten Gewohnheit zu lassen. Auch jetzt noch wird daran festgehalten, daß sich zur Aufnahme Meldende den *Vereinigungsantrag* weist erbringen. Jeder muß erst zwei Wochen arbeiten; empfiehlt ihn dann der Vertrauensmann nicht, dann wird er nicht in die Organisation aufgenommen. Glaubt aber der Vertrauensmann ihn empfehlen zu können, dann müssen zwei der Mitarbeiter sich finden, die sich schriftlich verpflichten, daß der Angemeldete leistungsfähig ist. Diese Firma überträgt den Vertrauensmann seiner Organisation, die nun den Kollegen über seine Pflichten als Mitglied instruiert und ihn verpflichtet. Erst nach abgelegtem Eid gilt er als Mitglied und nun wird ihm auch das Losungswort mitgeteilt, das ihm die Tür des Versammlungsräumes öffnet. Ohne Kenntnis des Losungswortes kommt kein Mensch in die Versammlungen. Die drübengewesenen Genossen sagen dazu: Wir trafen viele Kollegen, die über die Gehaltssträume spotteten, aber gesagt hat uns das Losungswort keiner.

Das andre Mittel, sich nach außen abzuschließen, ist das *Eintrittsgeld*. Gerade darüber ist bis jetzt schon sehr viel erzählt worden. Die drübengewesenen Kollegen können von ihrer Informationsstelle über das polygraphische Gewerbe das Folgende berichten: Die Lithographen machen Unterschied zwischen Einheimischen- und Fremden-*Shops* — erheben auch ein verhältnismäßig niedriges Eintrittsgeld. Es ist gleichmäßig hoch im ganzen Organisationsgebiet und beträgt 8 Dollar. Anders ist es bei den Steinbrüdern. Dort schwankt das Eintrittsgeld nach dem Alter und dem Alter, auch wird der Fremde ganz an anderem behandelt als der Einheimische. In Chicago gibt es die folgenden Abstufungen: Einheimische bis zu 30 Jahren zahlen 10 Dollar, und sie bis zu 35 Jahre alt, dann 15 Dollar, bei einem Alter bis zu 40 Jahren steigt es auf 20, und 25 Dollar werben es bei einem Alter bis 45 Jahren. Ist der Kollege noch älter, dann steigt das Eintrittsgeld nach dem Geschluß eines für diesen Zweck tätigen Komitees bis zu 50 Dollar. In New York ist das niedrigste Eintrittsgeld 7½ Dollar. Das Statut lädt, wie es in Amerika allgemein üblich ist, den Mitgliedschaften innerhalb gewisser Grenzen absolut freie Hand. So ist es recht charakteristisch, daß ein Mitglied, das von dieser Stadt kommt, wo es niedriges Eintrittsgeld geahnt hat, und in einem Ort tätig sein will, wo höheres Eintrittsgeld üblich ist, die Differenz nachzuzahlen muß. Das Eintrittsgeld für Fremde wird durch das schon erwähnte Komitee festgesetzt und beträgt in den ersten 25 Dollar und kann bis zu 50 Dollar gesteigert werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Fremde aus seinem Lande als Organisierter nach Amerika kommt. In der Tapetenbranche werden Eintrittsgelder erhoben, die die genannten ganz gehörig in den Schatten stellen. Der Formstecherverband verlangt 200 Dollar, die dreijährige Generalversammlung hatte sich sogar mit einem Antrag zu beschäftigen, der den Beitrag auf 500 Dollar festgesetzt wissen wollte! Von den 200 Dollar müssen 100 beim Eintritt entrichtet werden, die anderen Hälfte ist in Raten zu begleichen. Die Tapetenbruckerorganisation verlangt ein noch höheres Eintrittsgeld.

Die ganze Frage hängt mit der rücksichtigen Einwandlungspolitik der amerikanischen Gewerkschaften zusammen und wird nur so verständlich. Die Studienreise der deutschen Gewerkschafter hat somit, wenn auch nur für einen kleinen Teil der amerikanischen Gewerkschaften, bestätigt, was bisher von Ihnen in der Presse behauptet worden ist.

### Leipzig und Umgebung.

#### Achtung, Fliesenleger und Maurer!

Zu dem Antrag des Herrn Ernst Otto in Dölln, der zum Verlegen von Fußbodenfliesen Arbeiter nach Zeitz sucht, ist zu bemerken, daß diese Arbeit gesperrt ist, weil sie weit unter Tarif bezahlt wird. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Verband der Fliesenleger in Leipzig.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse Leipziger Metallarbeiter. In dem ersten Artikel (Freitagnummer) ist über die Firma Schreckenberger mitgeteilt, daß sie 10 Arbeiter, davon 6 Lehrlinge beschäftige. Diese Angaben treffen nicht zu. Die Firma beschäftigt 12 Arbeiter und 2 Lehrlinge.

### Deutsches Reich.

#### Die internationale Solidarität im Kampf der Schweden.

Der gewaltige Kampf der schwedischen Arbeiter hat zum erstenmal die internationale Solidarität der gesamten Arbeiterklasse in großem Umfang auf die praktische Probe gestellt, und diese Probe stellt den Vorlämpfern des internationalen Gedankens, der deutschen Arbeiterklasse, das beste Zeugnis aus. Zu diesem Schluß kommt auch unser Brüsseler Parteiorgan, das über die Beteiligung der einzelnen Länder an den Sammlungen für den schwedischen Generalstreik schreibt:

Die schwedische Gruppe (Norwegen, Dänemark, Finnland) zahlte 820 000 Kronen. (8 Kronen = 9 Mark). Das ist mächtig viel. Es erklärt sich ebenso aus dem hohen Stand

der Organisation im Norden als aus der engen Gemeinschaft, die alle Landesgruppen der skandinavischen Arbeiterbewegung umschließt. Als skandinavischen Beitrag muß man auch die Sendung aus den Vereinigten Staaten von Amerika (107 000 Kronen) ansehen. Denn es sind in Wirklichkeit die ausgewanderten schwedischen und norwegischen Arbeiter, die fast den ganzen Beitrag aufgebracht haben. Außer diesen unmittelbaren Arbeitern hat ein einziger Landeskampf eine glänzende Leistung vollbracht: die deutsche Arbeiterchaft hat in ihren ausgeleerten Taschen, unter einer durchbaren Wirtschaftskrise, 1080 000 Kronen gefunden, um sie den kämpfenden Genossen zu kommen zu lassen, zum Wohl des gesamten Proletariats. Zwischen Ländern, hauptsächlich deutscher Jungen, deren Organisation noch dem Muster der deutschen eingerichtet ist, haben auch noch, freilich in viel bescheidenerem Maße, ihre Schuldigkeit getan. Österreich-Ungarn hat 50 000, die Schweiz 20 000 Kronen gespendet. Alle anderen Länder aber haben ihre Solidarität in wahrhaft länderlicher Weise belohnt. Die 36 800 Kronen der mächtigen englischen Gewerkschaften sind ebenso jämmerlich wie 5400 Kronen aus Frankreich (davon noch nicht ein Viertel vom Arbeiterbund!). Italien mit seinen 500 000 Gewerkschaften hat nur 774 Kronen gefunden. In 5 seiner Organisationen haben sich zusammengefunden, um einen Centime aufzubringen! Auch Belgien hat keinen Grund, stolz zu sein. Die leichte Statistik ergibt 180 000 Organisierte, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Unser Beitrag (4800 Kronen) macht keine 4 Pfennige auf den Kopf, während er in Deutschland mehr als 80 Pf. ausmacht.

Es bleibt also noch viel zu tun für die Verwirklichung der internationalen Solidarität, ohne die die Befreiung der Arbeiterklasse nichts ist als eine Phrase.

### Ultramontane Steuerpolitik und christliche Gewerkschaften.

Unter der sogenannten Steuerpolitik des Zentrums haben ganz besonders auch die christlichen Gewerkschaften zu leiden, unter denen eine Mitgliederschlacht ausgebrochen ist, wie nie zuvor. Sie haben nach der Behauptung bayrischer ultramontaner Abgeordneter nicht weniger wie 20 000 Mitglieder verloren. In Würzburg hat die christliche Arbeiterbewegung einen so heftigen Mitgliedschlag erlitten, daß man sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, zwei Sektoren entlassen zu müssen! — Das sind „Erfolge“, die sich sehen lassen können.

Charakteristisch ist auch der folgende Beschluß: den ein Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzbistüme Würzburg und Mainz für die Gewerkschaften zu leiden, unter denen eine Mitgliederschlacht ausgebrochen ist, wie nie zuvor. Sie haben nach der Behauptung bayrischer ultramontaner Abgeordneter nicht weniger wie 20 000 Mitglieder verloren. In Würzburg hat die christliche Arbeiterbewegung einen so heftigen Mitgliedschlag erlitten, daß man sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, zwei Sektoren entlassen zu müssen! — Das sind „Erfolge“, die sich sehen lassen können.

Charakteristisch ist auch der folgende Beschluß: den ein Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzbistüme Würzburg und Mainz für die Gewerkschaften zu leiden, unter denen eine Mitgliederschlacht ausgebrochen ist, wie nie zuvor. Sie haben nach der Behauptung bayrischer ultramontaner Abgeordneter nicht weniger wie 20 000 Mitglieder verloren. In Würzburg hat die christliche Arbeiterbewegung einen so heftigen Mitgliedschlag erlitten, daß man sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, zwei Sektoren entlassen zu müssen! — Das sind „Erfolge“, die sich sehen lassen können.

Gegen den Arbeitsnachweis der Unternehmer. In Südwürttemberg stand eine gewaltige Protestverfamilierung gegen die Praktiken des Mannheim-Ludwigshafener Industriellenarbeitsnachweises statt. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung wurde der Saal polizeilich abgesperrt. Hunderte mußten wieder umleihen, weil sie keinen Eintritt finden konnten. Nach einem Resolut des Genossen Beimpfers wurde eine Resolution angenommen, in der entschieden gegen die schaffenden Praktiken des Arbeitsnachweises, der den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben will, protestiert wird. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, eine Petition an die Regierung auszuarbeiten, die eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage verlangt; desgleichen soll an die Stadtverwaltung das Schreiben gerichtet werden, in demselben Sinne auf die Neglexung einzutreten.

Ein Nachwort zur Generalversammlung der Gärtnerei. Auf der Generalversammlung der Gärtnerei zu Berlin, abgehalten vom 12. bis 15. August d. J., sprach Genosse Chrlich-Leipzig über die Stellung des Verbandsorgans zur Leipziger Volkszeitung. Im Anschluß an diesen Bericht entspann sich in unserm Blatte eine Auseinandersetzung darüber, ob Genosse Chrlich eine Resolution zugunsten der Leipziger Volkszeitung; die bei der Leipziger Ortsverwaltung eingegangen war, auf der Generalversammlung erwähnt habe oder nicht. Unser Berichterstatter hatte von einer solchen Erwähnung nichts gehört und folglich auch nichts darüber berichtet, auch die übrige Parteipresse enthielt nichts davon. Jetzt liegt uns nun das Protokoll der Generalversammlung der Gärtnerei vor, aus dem hervorgeht, daß Genosse Chrlich in der Tat die Leipziger Volkszeitung in Berlin erwähnt hat. Er führt nach dem Protokoll aus:

In bezug auf die Stellungnahme in Nr. 28 unserer Zeitung, zur Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung von der Generalversammlung der Metallarbeiter wurde in Leipzig eine Resolution beantragt, welche diese Stellungnahme mißbilligt. Zur Abstimmung ist sie nicht gekommen, und sie zeigt auch nur den Standpunkt einer Minorität der Leipziger Kollegen. Aber da über sie nicht abgestimmt ist, wollte ich sie doch hier erwähnen.

Auf Wunsch der beteiligten Kreise stellen wir das hiermit ausdrücklich fest.

Bergarbeiter und Steinenarbeiter. Eine von 1800 Personen in Essen befürchtete Bergarbeiterversammlung hat eine Resolution angenommen, in der die ablehnende Antwort des Ministers Sydon auf die Eingabe der Bergarbeiter entschieden verurteilt wurde. Für die Bergarbeiter bliebe nur noch das Mittel der Selbsthilfe übrig, falls jetzt auch die Parlamente versagen sollten. Die Versammlung versprach aber, sich an den Beschluß der Organisation zu halten.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Zentralverband der Schuhmacher hatte am Schlusse des 3. Quartals 35 010 Mitglieder, eine Gesamtteilnahme des Quartals von 66 221,43 Mark und eine Ausgabe von 38 559,28 Mark. Der Bestand der Hauptfasse beträgt 404 073,04 Mark.

Der Streit der Plakatmacher bei der Firma Georg Nagler in Erfurt ist nach 22wöchigem Kampfe für die Arbeiter ergebnislos beendet worden. Vorherige Einigungsverhandlungen waren ohne Erfolg.

Die Differenzen der Tabakarbeiter bei der Firma Aug. Blaue in Südbaden (Westfalen) sind erledigt; die Maßregelungen sind aufgelöst. Damit ist die Sperrung über die Firma aufgehoben.

Das internationale Sekretariat der Kürschner sowie die Redaktion und Expedition des Altensteiner werden Ende dieses Jahres nach Berlin verlegt. Internationaler Sekretär und Redakteur ist Albert Sieg, Berlin NO. 18, Wilschingstraße 28, v. II.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.

Berantwortlich für den Antratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

# Sozialdemokratischer Verein

für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Bureau des Vereins: Volkshaus, Zelzer Strasse 32, Hof I, Portal rechts. Bibliothek, 7500 Bände, geöffnet abends von 8-10, Sonntags von 11-12 Uhr. — Für die Jugend Mittwochs von 2-5 Uhr. — Lesesaal mit 100 Zeitschriften, Journals und Wissensblättern.

## Öffentliche politische Versammlung

Dienstag, den 7. Dezember, abends 9 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses

**Vortrag** des preuss. Landtagsabgeordneten **H. Ströbel**, Berlin  
über **Kunst und Proletariat**.  
Diskussion hierzu. — Eintritt frei.

Karl Buhl, Dresdner Straße 24, IV.

Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Volkshauses

## Lichtbilder-Vortrag für Kinder. Weihnachts-Märchen.

Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtstag), im Saale des Sanssouci

**Grosse Abend-Unterhaltung**  
bestehend in Konzert, Gesang, Recitation, Theater.

Programme zum Kinder-Vortrag und zur Abend-Unterhaltung bei den Bertrautesten, den Unterklassierern und in der Volksbuchhandlung, Zelzer Straße 32.  
21402] Der Vorstand.

# Ortsverein Leipzig-Ost

Freitag, den 10. Dezember, abends 1/2 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

in den Drei Mohren, L.-Anger.

1. Vortrag des Genossen Wittig über: Englische Revolution. 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Eintrittskarten zum Kindertheater am 18. und 19. Dezember im Albertgarten werden vor und nach der Versammlung ausgegeben.

Dienstag, den 7. Dezember, **Lichtbilder-Vortrag** (Cylus) vom Genossen Laube im Albertgarten. — Eintrittskarten à 20 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

[21772]

Der Vorstand.

# Ortsverein L.-Gonneville

Dienstag, den 7. Dezember, abends 9 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gambrinus.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gehl über „Staub und giftige Gase als Ursachen von Berufskrankheiten“. — 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Um recht zahlreichen Besuch bitten

[21788]

## Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zelzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bürozeiten: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abends 5-8 Uhr.

Telephon 2784.

Alle in den Holzbearbeitungsmaschinen-Fabriken

beschäftigte Arbeiter.

Mittwoch, den 8. De-

zember, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Unser Sohn und unsere Arbeitsverhältnisse.

In dieser Versammlung darf kein in obengenannten

Fabriken beschäftigter Arbeiter fehlen.

[21789]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 10. Dezember, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Unser Sohn und unsere Arbeitsverhältnisse.

In dieser Versammlung darf kein Arbeiter obengenannter Fabriken fehlen.

[21790]

Former, Gelbmetall- u. Giessereiarbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zelzer Str. 32.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21791]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 10. Dezember, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Unser Sohn und unsere Arbeitsverhältnisse.

In dieser Versammlung darf kein Arbeiter obengenannter Fabriken fehlen.

[21792]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zelzer Str. 32.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21793]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21794]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21795]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21796]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21797]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21798]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21799]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21800]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21801]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21802]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21803]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21804]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21805]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21806]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

Referent: Reichstagsabg. Kollege Severing, Bielefeld.

[21807]

Alle in den Buchbinderei-Maschinenfabriken be-

schäftigte Arbeiter.

Freitag, den 12. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Ausführung derselben in unseren Betrieben.

## Politische Uebersicht.

### Die Unbestothenen.

Sie sind wirklich ehrenwerte Männer, die Herren Nationalliberalen, und nichts ist unberechtigter als der Vorwurf, daß sie im Dienste der Scharfmacher tätig seien. Als unlängst ein ruchloses rotes Blatt, die Münchner Post, auf das zarte Verhältnis hinwies, in dem einige nationalliberale Abgeordnete, besonders Bassermann und Stresemann, zu den Feinden in der Bundesklasse der Scharfmacher ständen, da brauste man auf in männlichem Zorn, und mit geretem Schwurfinger rief der anmutige Preisfachter des sächsischen Unternehmerprofits, der sattsam bekannte Stresemann, Gott und alle Heiligen zu Zeugen auf, daß vom Zentralverband der Scharfmacher für seine Reichstagwahl 1907 auch nicht ein roter Heller gespendet worden sei.

Heute verbreitet die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz folgende Mitteilungen:

Kurz nach der letzten Reichstagsauflösung ist der damalige Reichskanzler Fürst Bülow an den damaligen Vorsitzenden des Zentralverbands der Industriellen, Herrn Hiltnermeister von Böppelius, herangetreten mit dem Anhänger, für den Wahlkampf aus der Industrie heraus einige Geldmittel zu sammeln. Das ist geschehen und es sind dem Herrn Reichskanzler mehrere hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt worden. Alsdann ist ein Komitee von Fraktionsführern und einigen anderen Herren, so auch dem damaligen Herrn Unterstaatssekretär bei der Reichskanzlei von Böbel, zusammgetreten, um über die Verteilung der Mittel zu beraten. In dieses Komitee sind alsdann auch die Herren Generalsekretär Dr. A. Bück und Generalsekretär Dr. Beumer gewählt worden. Als diese Herren in das Komitee einztraten, war die Verteilung der Geldmittel auf dem Papier bereits vorgenommen. Wir stellen fest, daß aus diesen Geldmitteln auch die nationalliberale Fraktion ihren Anteil erhalten hat.

Wie wird Ihnen denn, Herr Stresemann? Haben Sie vielleicht jemals gegen diese Unterstützung ihrer liberalen Partei durch das laufige Geld der Scharfmacher protestiert? Ist Ihnen gar nicht eingefallen! Es ist wahr, Herr Stresemann hat dann durch sein Auftreten im Reichstage die Erwartungen der Scharfmacher etwas enttäuscht. Natürlich nicht etwa durch seine angeblich arbeiterfeindliche Haltung. Aber Herr Stresemann ist der Preisfachter der sächsischen Industrie, die auf den Export in erster Linie angewiesen ist, während der Zentralverband mehr die Interessen der auf den Innemarkt angewiesenen Unternehmer vertritt. Aus diesem Gegensatz entstanden Konflikte, die zuweilen scharfe, zuweilen komische Formen annahmen, die aber niemals darüber hinwegtäuschen konnten, daß der "liberale" Herr Stresemann ein treuer Knecht Fridolin im Dienste des Unternehmerprofits war. Dem Zentralverband genügte das freilich nicht. Er verlangte von den Leuten, die aus seiner Krippe krochen, unbedingten Gehorsam, und deshalb wurde seinerzeit in einer der bekannten "geheimen" Sitzungen der Scharfmacher erklärt, daß man in Zukunft nicht wieder finanzielle Opfer bringen wolle, um Leute wie Stresemann in den Reichstag zu bringen.

Aber welches Licht wirkt die Mitteilung der Volkswirtschaftlichen Korrespondenz auf die gesamte deutsche Regierung? Wenn wir diese ehrenwerten Gentlemen als die Kommiss der bestehenden Klasse bezeichnen, war jedesmal großes Hallo im Reichstage, das nur damals ein wenig gedämpfter Klang, als der 12 000-Mark-Graf Posadowsky auf der geheimen Hintertreppe der Scharfmacher von der Leipziger Volkszeitung überrascht wurde, hier nun wird in nächster Form festgestellt, was für den Kundigen freilich kein Geheimnis mehr war, daß der deutsche Reichskanzler bei den struppellosen Scharfmachern schnorren ging, um Geld für den geplanten Riesenwindel der Reichstagswahlen locker zu machen. Und alle Blockparteien haben dieses Geld angenommen, alle haben sich damit als bestochene Bravos der Scharfmacherinteressen gezeichnet.

Nach der Sitzung am 15. Oktober, wo der Zentralverband die Gründung einer Wahlkasse zur Besteckung der bürgerlichen Parteien beschloß, will man das, was 1907 nur gelegentlich und nur auf Bitten des Reichskanzlers geschah, strammer organisieren und in allergrößtem Maßstab durchführen. Auch das Zentrum soll gefüllt werden. Um so besser für die Sozialdemokratie, die dann als die einzige Partei vor die Wähler hintreten kann, die nicht von den Scharfmachern ausgehalten wird.

## Deutsches Reich.

### Parlamentsbrief.

#### Aus dem Reichstage.

Berlin, 4. Dezember. Nicht weniger als zehn Interpellationen, neben dem Handelsvertrag mit Portugal und der Fortsetzung der Beratung über das Notgebot, standen auf der heutigen Tagesordnung. Entgegen der allgemeinen Annahme, daß die Regierung die Beantwortung der Interpellationen verschleppen würde, erklärte diese sich bereit, am Montag und an späteren Tagen Rede und Antwort zu stehen. — In der fortgesetzten Beratung über das Notgebot zerzausten die Genossen Stadttagen und Sachse die fadenscheinigen Ausflüchte des Zentrums bei dem an den Witwen und Waisen verübten Betrug, und sie charakterisierten die Kampfmethode des Zentrums. Die Abwehr des Herrn Giesberts ließ erkennen, daß ihm nicht wohl war bei dem neuesten Zentrumsverrat. Die von den Freisinnigen beantragte Kommissionsberatung wurde gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen abgelehnt. — Gegen den Handelsvertrag mit Portugal, den die portugiesische Cortes in auffälliger Eile schon angenommen hat, sind von industrieller Seite scharfe Bedenken erhoben worden. Die in Portugal maßgebende hochschulzöllnerische Richtung, hinter der das in Portugal investierte englische Kapital steht, hat den von Sachsen nicht geplagten deutschen Bürokraten einen Vertrag abgeschlossen, der 57 Prozent des Werts der bisherigen deutschen Einfuhr nach Portugal mit der jetzigen Zollhöhe belastet, 28,7 Prozent im Zoll erhöht und nur bei 12,4 Prozent des Gesamtwerts den Zoll erniedrigt; bei 3,9 Prozent

finden teils Erhöhungen, teils Erniedrigungen statt. Deutschland steht mit 32,8 Millionen Mark Einfuhr nach Portugal an zweiter Stelle; England an erster. Der Ubg. Merkele, ein vogtländischer Textilindustrieller, wies schlagend nach, wie unsfähig die deutsche Diplomatie bei diesem Vertrag sich benommen hat, der den portugiesischen Zollbehörden außerdem noch den weitesten Spielraum lasse. Aufsehen erregte die Mitteilung des Redners, daß der portugiesische Text des Vertrags nicht mit dem französischen übereinstimme; in diesen beiden Sprachen ist der Vertrag abgeschlossen worden. Eine Maschinenbeschreibung soll die Übersetzung besorgt haben. Der sachkundige und sehr scharfe Kritik des national-liberalen Redners schloß sich Genosse Südekum an, der darauf aufmerksam machte, daß der Vertrag mit seinen hochschulzöllnerischen Bestimmungen gegen die deutsche Industrie von der englischen Konkurrenz diktiert worden sei. Im übrigen wurden aber auch den Nationalliberalen, die die Hochschulzöllneriet andrer verurteilten, sie in Deutschland aber stets mitmachen, von unserm Genossen bittere Wahrheiten vorgehalten. Graf Kanitz behandelte die Sache in bagatellischer, der Zentrumssredner Pieper und der freisinnige Buddeberg übten einen blühlichen Kritik. Und die Regierung? Sie nahm sich so lässig wie möglich und will nur in der Kommission über ihre gemeinschädlichen Schwabbenstreiche Näheres erzählen. Die Debatte wurde abgebrochen und soll am Montag fortgesetzt werden; vor oder nach der Interpellation über die tolle Wirtschaft auf der Kieler Werft.

#### Eine Novelle zum Reichssteuergesetz

beantragt der Vorstand des Deutschen Städtetages in einer Einladung an den Bundesrat und Reichstag. Es wird die Bestätigung der Steuerpflicht der Binsbogen von Renten und Schulverschreibungen der öffentlich-rechtlichen Verbände verlangt. In der Begründung des Antrags führt der Vorstand aus, es sei Absicht der Reichstagsmehrheit gewesen, mit dieser Steuer die Besitzer der Schulverschreibungen zu treffen. Das Gesetz bietet aber keine Handhabe, die Besitzer zur Erfüllung des von den Ausgabern der Bogen ausgestellten Stempels heranzuziehen. Die Gemeinden seien deshalb gezwungen, die Steuer auf ihren Etat zu nehmen. Zur Deckung des Steueraufwandes müssen die neuen Einnahmen schaffen, d. h. sie müssen die Kommunalsteuern erhöhen. Und zwar in beträchtlichem Maße; so hätten z. B. im Laufe der nächsten 10 Jahre aufzubringen:

Berlin . . . . .	ca. 850 000 M.
München . . . . .	ca. 450 000 M.
Dresden . . . . .	ca. 380 000 M.
Frankfurt a. M. . . . .	ca. 840 000 M.

Dieser Mehraufwand muß von der Gesamtbürgerschaft getragen werden, trifft also auch die nicht besteuerten Klassen. Wenn man seinerzeit auf die Warnen im Reichstage, welche auf die Untauglichkeit des gewählten Mittels hinwiesen, nicht gehört hat, so mag dies erklärlich sein, da es gilt, die Reichsfinanzreform im ganzen unter Dach zu bringen. Nachdem letzteres aber gelungen ist, darf man erwarten, daß bei den einzelnen möglichkeiten Vorschriften die bessere Hand angelegt wird.

#### Ein historischer Wagen.

Die Post erzählt folgende nette Geschichte:

Wie vielleicht erinnerlich war vor einiger Zeit einem Polen, Drzymala aus Podgorowic, Kreis Bomiș, auf Grund der Anstellungsgesetzesnovelle von 1904 die Genehmigung zur Errichtung eines Hauses auf einer Parzelle nicht erteilt worden. Dieser Vorfall war vom Straß-Verein ausgeschlagen worden, indem man durch eine Sammlung dem Manne einen Wagen als Geschenk der Nation darbrachte, in dem der angeblich Obdachlose lampionieren sollte. Diesem Unzug, der von der polnischen Presse natürlich weißlich ausgenutzt wurde, ist nun durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts endgültig gesteuert worden. Es ist nun dem Drzymala verboten, den Wagen ferner als Wohnstätte zu benutzen. Damit ist dieser Versuch der Polen, die Novelle von 1904 zu umgehen, gescheitert.

Die Absurdität preußischer Polenpolitik wurde kaum drastischer dargestellt, als in dieser Geschichte. Bürgerliche polnische Kreise beabsichtigen, den Wagen des Drzymala anzulaufen und in einem Museum für die Geschichte der preußischen Polenunterdrückung unterzubringen. Hoffentlich werden in diesem Museum auch die polnischen Abgeordneten Platz finden, die mit den preußischen Junkern eng verbunden, die "Finanzreform" gezeugt haben.

#### Der Bund der Klassenunbewußten.

Der neugegründete Bund der Festbefoldeten hielt gestern in Berlin eine Versammlung ab, die diese neueste Verbindung als exreaktionäres Volkwerk der Regierung erscheinen läßt. Von den Rednern erklärte der Oberpostassistent Rehänder, daß der Regierung aus der Gründung des Bundes "eine außerordentliche Stütze" erwachsen würde. Der Berliner Behörden Rosin sprach über den Bund der Festbefoldeten und die politischen Parteien und führte aus:

Der Bund steht fest und treu zu Kaiser und Reich; er könnte und wolle keiner bestimmten politischen Partei beitreten, es sei aber selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie, Polen, Welsen, Dänen und Franzosen für den Bund nicht in Betracht kommen können.

Daran sieht die Sozialdemokratie sicher.

Der Werkprozeß in Kiel, in dem nach sechzehn zwanzigjähriger Verhandlung zwar sämtliche Angeklagten freigesprochen, das burokratische System aber verurteilt wurde, wird demnächst eine zweite Auflage erleben. Wie gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil Revision eingereicht. Die Revision wird wohl eine genauere Feststellung des unterschlagenen Materials vor allem feststellen müssen. Der in der Verhandlung erwiesene außerordentliche Schleuderball in der Verwaltung der Werft, der solche Unterschleife, wie sie die Anklage annahm, geradezu begünstigt, verhinderte auch die Uferführung. Der Oberwerftdirektor Vizeadmiral v. Uebel mußte als Zeuge zugeben, daß nach Entdeckung der Unterschleife ver sucht worden sei, eine Revision der Altersbestände vorzunehmen, daß sich das aber als nicht aussichtsvoll erwiesen habe. Die Anklage hatte die Quantität der unterschlagenen Materialien aus der Differenz zwischen dem Werkgewicht und dem Bahngewicht festgestellt und vor Gericht wurde der Nachweis geführt, daß auch die Bahngewichte große Differenzen aufweisen, also nicht zuverlässig seien. Als die Staatsanwaltschaft nicht mehr den Nachweis führen konnte, was und wieviel in jedem einzelnen Falle unterschlagen sei, mußte sie die Beweisanträge über

die Subventionen zurückziehen und so ihren größten Triumph aus der Hand geben. Wie auch immer das Urteil über den Ausgang des Prozesses sein mag, das eine ist wohl als sicher anzunehmen, hätten Arbeiter unter dieser Anklage gestanden, also Unbemittelte, die sich nicht den gewaltigen Verteidigungsapparate hätten leisten können, der Prozeß wäre anders verlaufen.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat eine neue Verfügung erlassen, wonach Bekanntmachungen über die allgemeinen Verdingungen und Verläufe von den einzelnen Marinebehörden neben dem Reichsanzeiger in allen Fällen auch im Norddeutschen und Strasburger Submissionsanzeiger zur Veröffentlichung kommen sollen. Soweit es sich um Lieferungen für die Marineverwaltung handelt, bei denen die Verpflichtung ordnungsgemäßiger Unternehmer in erster Linie in Frage kommt, sollen außerdem an den Standorten der Marine auch die Vollblätter gegen Erstattung der Kosten in Anspruch genommen werden. Ferner bleibt es den Marinebehörden überlassen, in besonderen gearteten Fällen noch andere Zeitungen für derartige Bekanntgaben zu benutzen, falls es in der Verfügung heißt, „diese die Bekanntmachungen kostenfrei aufnehmen“.

Ob Herr v. Usedom und die arg blamierten Neumanns-applikanten mit dieser Verordnung lächerlich geworden sind, bleibt abzuwarten.

Das Arbeitskammergesetz. Ob die Vorlage zum Arbeitskammergesetz, die den schärfsten Protest des industriellen Großkapitals hervorrief, dem Reichstag wieder zugehen wird, ist zweifelhaft. Man trägt sich im Reichamt des Innern mit dem Gesetzesvorschlag, eine völlig neue Vorlage auf veränderten Grundlagen auszuarbeiten. Aber auch dann soll erst geprüft werden, ob im Reichstag eine Mehrheit für die Vorlage zu finden ist, ehe sie offiziell eingereicht werden soll. Man merkt, wie sehr sich der Einfluß der Scharfmacher auf das Reichamt des Innern unter dessen neuer Leitung geltend macht.

Staatlicher Terrorismus. Die Regierung in Oppeln hat, wie wir am Sonnabend schon mitteilten, wegen ihrer Abstimmung zugunsten der ultramontan-polnischen Kompromisslandes bei den fürstlich vorgenommenen Gemeinderatswahlen in Katowitz einen Rektor und vier Lehrer gemacht. Gestellt steht die Germania weiter mit, daß auch gegen drei Beamte ein Disziplinarverfahren eingeleitet sein soll. Das Klerikale Blatt kündigt bedrogen eine Interpellation im Parlament an.

Polnische "Hofsänger". An den Eröffnungsspielen des Reichstages im Schloss haben auch die polnischen Abgeordneten Pfarrer Brandis und Pfarrer Ważda teilgenommen. In der radikal-polnischen Presse werden sie deswegen schief angegriffen. Man verlangt von den beiden oberschlesischen Abgeordneten, daß sie ihr Mandat niederlegen, weil sie sich durch ihre "Hofsänger" des Vertrauens des polnischen Volkes unwürdig gezeigt und dessen "nationale Würde" verletzt hätten.

Hosen und Hühner auf Kosten des Militärcrats. Den Anträgen der Sozialdemokratie im Reichstage auf Verkürzung der militärischen Dienstzeit wird von den Gegnern immer entgegenhalten, daß an eine Annahme nicht zu denken sei, da die Ausbildung des Soldaten eine Mindestzeit von zwei Jahren erfordert. Die Praxis beweist aber das Gegenteil. So z. B. erhalten Flensburgs Bürger Blätter folgende Lokalnotiz:

Umgegen Flensburg. Auf der Gemarkung Klein-Solt hielt dieser Tage Landrat Pfeffer mit fünfzehn geladenen Jagdgästen eine Treibjagd ab. Als Treiber fungierten 25 Soldaten der Flensburger Garnison. Insgesamt wurden 80 Hosen und 8 Hühner zur Strecke gebracht.

In russischer Art. In dem unmittelbar an der deutschen Grenze belegenen Städtchen Grajewo wurde der deutsche Monteur Schäfer aus Eberfeld von den russischen Grenzpolizisten überfallen und verhaftet. Der Verarzte hatte im Auftrage seiner Firma in dem russischen Städtchen Waschin aufgestellt und wollte sich nach getaner Arbeit den Ort befreien. Dem Monteur wurden 80 Pt. gekehrt. Alle Versuche, durch Vermittlung des Polizeichefs das gestohlene Geld wieder zu erlangen, schlugen fehl. Es ist jetzt zwar das deutsche Auswärtige Amt um Hilfe angerufen worden; das wird aber nicht viel nützen, weil es sich um Russen handelt, für die es anscheinend schon üblich ist, Deutsche überfallen zu dürfen.

Eine agrarische Deutlichkeit. Im Herzogtum Braunschweig regieren unbeschränkt die Agrarier, deren Wünschen sich die Regierung nach jeder Richtung hin folgt. Einer dieser Wächtigen ist der Landwirt Schliephake, Landtagsabgeordneter und Abgeordneter der Landesphysiologie, Vertrauensmann des Bundes der Landwirte und infolge seines Reichtums mit vielen sonstigen Ehrenämtern gesegnet. Fast alle Viehhändler und Fleischmeister, die von Schliephake Vieh kaufen, machen nun die eigenartige Beobachtung, daß das Vieh auf andern Wagen fast immer erheblich leichter war als auf der eigenen Wagen des Herrn Schliephake, auf der den Händlern das Vieh immer zu geworden wurde. Solche Stücke Rindvieh nach einem einstündigen Marsche von Uehrde, wo Schliephake wohnt, nach Schöppenstedt um 80 bis 100 Pfund abgenommen. Schweine hatten um 30 bis 40 Pfund weniger Gewicht als Schliephake berechnet und bei dem Verlauf von Hammeln, der gleich in großer Zahl (über 100) erfolgte, fehlten an jedem Tier etwa 5 Pfund Gewicht.

Am letzten Donnerstag und Freitag wurde vor der Strafkammer zu Braunschweig gegen Schliephake verhandelt. Eine ganze Anzahl Zeugen sagten höchst ungünstig über Schliephake aus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betrugs und Betrugsvorschübs zu 6 Monaten Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wird betont, daß Schliephake lediglich aus gemeiner Habgier gehandelt habe.

kleine politische Nachrichten. In der Budgetkommission des badischen Landtages beantragte die sozialdemokratische Fraktion Streichung der Mittel für die beiden Gesandtschaften in Berlin und München, der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. — Die internationale Justizkonferenz wird am 20. Dezember in Brüssel zu einer Jahresversammlung zusammenentreten. Ein außerordentlicher türkischer Ministerrat, welchem der Chef des Generalstabes bewohnt, beriet über einen drohenden Zusammentreffen türkischer Truppen mit persischen Irregulären in der strategisch türkisch-persischen Zone und beschloß, den türkischen Truppen zu befehlen, nicht weiter vorzurücken. — Tribuna meldet aus Petersburg, die Zarin sei in Swadja ernstlich erkrankt. Ihr Zustand sei hoffnungslos. Der Zar sei sehr niedergeschlagen. — Bis auf Widerfuß ist die Ausfuhr von Getreide aus den türkischen Vilajets Mossul, Bagdad und Bassorah sowie dem Sandschak Ðor verboten. — Der russischen Duma ist der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des gegenwärtigen Gewerbesteuergesetzes vorgelegt worden.

## Belgien.

### Die Kongoangelegenheit.

Köln, 4. Dezember. Der Kölnischen Zeitung wird aus London von heute telegraphiert, daß in allerndächstester Zeit zwischen Deutschland, England und Belgien in Brüssel über die Welt-

verhältnisse in der Gegend von Muanda Besprechungen eröffnet werden. Über weitergehende, auf die allgemeine Kongopolitik bezügliche Abmachungen zwischen Deutschland und England sei nichts bekannt.

Brüssel, 5. Dezember. Eine größere Anzahl politischer und akademischer Persönlichkeiten, unter ihnen verschlebene frühere Minister, veröffentlichten einen Protest gegen England, das trotz der vorgeschlagenen Reformen immer noch gegen die belästige Kongopolitik ungerechte Anklagen erhebe.

## Großbritannien.

Gegen die Lords.

London, 4. Dezember. Auf Veranlassung der nationalen demokratischen Liga hatte sich heute nachmittag eine sehr große Menge auf dem Trafalgar Square eingefunden, um gegen das Vorgehen der Lords in der Budgetfrage zu protestieren. Von sechs Tribünen wurden Reden gehalten. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in welcher das Vorgehen der Lords als Bruch der Verfassung und als ernstes Verbrechen der Freiheiten des Volkes verurteilt wird, welche nur durch die vollständige Abschaffung des Vorrechts des Oberhauses gewahrt werden könnten.

Die Forderung der Aufhebung des Oberhauses hält sich aber die Liberalen zu erheben. Sie wollen es nur in dem bisherigen Rahmen erhalten.

## Spanien.

Die "liberale" Regierung stirbt ab.

Madrid, 6. Dezember. Gerichtswise verlautet, daß demnächst eine Ministerkrise ausbrechen wird. Der Kabinettschef Moret hatte den General Weyler für die Ernennung zum Generalkapitän in Aussicht genommen, doch hat Weyler aus persönlichen Gründen sich einer solchen Ernennung widersetzt, um daraus eine Kabinetsfrage zu machen. Nach den Gemeindewahlwahlen soll Moret dem König die Vertrauensfrage stellen.

## China.

Aussische Übergriffe.

Peking, 5. Dezember. Die chinesische Regierung übermittelte den auswärtigen Gesandtschaften ein Rundschreiben, in welchem sie gegen die neuerliche Mitteilung Russlands wegen der Rechte der Städte in der russischen Eisenbahngrenze der Mandchurie protestiert und erklärt, daß Vorgehen Russlands sei eine Verletzung des Vertrags von Portsmouth und des russisch-chinesischen Vereinbarungskommens von Charlton vom 10. Mai, welches die Zuständigkeit der betreffenden Behörden in den Eisenbahngrenzen festsetzt.

Es handelt sich darum, daß Russland in den Städten, die im Bereich seiner nordmandchurischen Bahnen liegen, Steuern zu erheben und überhaupt die Selbstverwaltung der chinesischen Bevölkerung einzuschränken sucht.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Wahlprotest.

Gegen die Wahl des freisinnigen Bürgermeisters Dr. Roth im 18. städtischen Kreise (Burgstädt, Penig, Lunzenau, Rochlitz, Kohren, Geithain, Frohburg) ist, wie von nationalliberaler Seite dem Rochitzer Tageblatt mitgeteilt wird, auch von dem dortigen Nationalliberalen Verein Einspruch erhoben worden, und zwar, wie das Blatt schreibt, aus folgenden Gründen: 1. Zehn nicht wahlberechtigte Personen des 18. Wahlkreises (in der Hauptstrecke Ausländer) mit 18 Stimmen haben zu Unrecht gewählt. 2. Der selbständige Gutsbezirk Penig, der 8 Wähler mit 17 Stimmen umfaßt, ist keinem Wahlbezirk zugeordnet worden, so daß diese Wähler von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen könnten. 3. Der Kandidat der Freisinnigen, Dr. Roth, hat durch ein ihm unterstelltes Polizeiorgan, die Innungsmeister in Burgstädt zu sich laden lassen und hat durch Versprechungen auf sie eingewirkt und dadurch für seine Wahl Propaganda gemacht. In seiner Eigenschaft als Bürgermeister durfte er sich nicht hierzu herstellen. Sein Vorgehen muß als amtliche Beeinflussung angesehen werden. 4. Bei der Auszählung der Umschläge und Stimmzettel sind in allen Städten des Wahlkreises mit Ausnahme von Rochlitz insofern Unterschiede zu verzeichnen, als die Zahl der Umschläge und der gültigen Stimmzettel differiert; dadurch ist die Gültigkeit einer Anzahl Stimmen fraglich. Das Blatt schreibt zum Schlus: "Jedenfalls ist zu erwarten, daß bei einem Unterschied von nur 17 Stimmen der Landtag die Gültigkeit der Wahl nicht anerkennen kann, so daß es möglicherweise zu einer Neuwahl kommen wird."

Bekanntlich erhielt Dr. Roth bei der Hauptwahl 17 Stimmen mehr als Dr. Jöphel, der damit für die Stichwahl ausschied. Die Nationalliberalen scheinen also große Hoffnung zu haben, daß sie bei einer Neuwahl doch noch den Kreis zurückerobern, auf den sie so große Hoffnung gesetzt hatten. War doch von ihrer Seite der Rechtsanwalt Dr. Jöphel, der bisherige Vertreter des Kreises, aufgestellt, der nach dem Leipziger Tageblatt künftig eine führende Rolle in der nationalliberalen Partei spielen würde. Ob Herr Dr. Jöphel so hoffnungsvoll auf den Steg ist? Jedenfalls rechnet man damit, daß, wenn dem Protest stattgegeben und eine neue Wahl angeordnet wird, bis dahin die Wähler sich wieder haben einflussen lassen, unter welcher Voraussetzung die Nationalliberalen leichteres Spiel zu haben glauben.

Wenn aber, wie in der Notiz im Rochitzer Tageblatt gesagt wird, Herr Dr. Roth als Bürgermeister von Burgstädt wirklich sich diese Beeinflussung hat zuschulden kommen lassen, so spricht das für sich selbst. Dr. Roth spielt im ganzen Wahlkampf gewissermaßen die Unstabilität, dem man beliebte einen ähnlichen Vorwurf, wie er jetzt gegen ihn erhoben wird, nicht hätte machen dürfen, wenn man seine fiktive Entrüstung nicht bis aufs höchste hätte steigern wollen.

### Gemeindeautonomie unter der Staatsautorität.

1.

Der Stadtrat zu Mylau hat an die Zweite Kammer eine Beschwerde „gegen die Aufhebung eines in kollegialer Sitzung gefassten Mehrheitsbeschlusses durch die Aufsichtsbehörden“ gerichtet, aus der hervorgeht, wie selbstverständlich nicht nur manche Bürgermeister in den kleineren und mittleren Städten verfahren, sondern auch, daß die beigedienten Ratsmitglieder vielfach nur als dekorative Personen angesehen werden. Das Stadtoboberhaupt geht seine eigenen Wege, namentlich wenn es glaubt, die Aufsichtsbehörden hinter sich zu haben. Am 14. April d. J. beschäftigte sich der Rat mit dem Bierschankkonzessionsgeschäft des Konditors Döllisch, mit vier gegen die Stimme des Bürgermeisters Dr. Jürl, der jetzt in Elmshorn amtiert, genehmigt wurde. Er sah den Besluß zwar nicht an, brachte ihn aber auch nicht zur Ausführung (!!). Dafür trat darum gebeten wird, der Stadt zu den für die Konnen-

der Gastwirtschaftverein in Aktion, der bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde gegen den Maßbesluß führte. In dem von Döllisch gepachteten Lokale ist dessen Vorgänger der Bierschank schon einmal durch Maßbesluß vom 14. März 1908 bewilligt worden.

Die Kreishauptmannschaft forderte Bericht über den Rekurs der Gastwirtschaft und Bürgermeister Dr. Jürl antwortete, hieß die übrigen Ratsmitglieder zu hören, „daß der Rat bei Neukonzeessionen ein Bedürfnis sieht verneint habe“. Nun handelt es sich aber in vorliegender Falle nur um eine Übertreibung, was dem Bürgermeister sehr wohl bekannt war. Die Aufsichtsbehörde sah den Rekurs des Wirts als begründet an und hob den Maßbesluß auf.

Die an die Wand gedrückten Ratsmitglieder wandten sich beschwerdefähig an das Ministerium des Innern und batzen um Schutz ihres Amtes im Dienste der Selbstverwaltung der Gemeinde. Da kamen sie aber schon an. Das Ministerium, dessen Chef auf dem Annaberger Städtegründung die Autonomie der Gemeinden über den grünen Kleen preist und ihre Erweiterung feierlich versprach, und am ersten Tage der Staatsberatung in der Zweiten Kammer bereits unverbindliche nationalliberale Vorschlußvorlage erzielte, wies die Beschwerdeführer einschließlich mit der tiefsinnigen Bemerkung: „So lange überhaupt eine Rechtsmittelordnung besteht, kann sich eine nachgeordnete Behörde nicht dadurch beschwert fühlen, daß die mit einem Rechtsmittel angerufenen höheren Behörde zu einer abweichenden Ansicht gelangt.“

Seinen eine beratige Form der Abweisung richtet sich nun die Beschwerde des Stadtrates zu Mylau. Er bestätigt die Befürchtung aus, daß der Entscheid des Ministeriums die bürgerlichen Mitglieder der Gemeindekollegien in den Augen der Aufsichtsbehörde herabsezt, eine Schädigung der Gemeindeautonomie und eine Schädigung des Ansehens der Selbstverwaltungsbürgen herbeiführe. Bei Differenzen in den Ausschreibungen der Gemeindeverwaltungsbürgen müßte gerade so lange eine Rechtsmittelordnung bestehen, nicht nur der Bürgermeister, sondern auch der Teil gehörten, der gegentümlicher Meinung sei.

Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit. Aber daß in Sachsen noch derartige ministerielle Anschauungen zum Ausdruck kommen können, beweist am besten, wie „hoch“ die Autonomie der Gemeinden und die Selbstständigkeit ihrer Verwaltungsbürgen von der Regierung eingeschätzt werden. Bei der Besprechung der Beschwerde im Landtag kann es daher allemal lustig werden.

2.

Die Dessenlichkeit der Gemeinderatsitzungen wurde zum zweitenmal von dem Gemeinderat in Meißendorf beschlossen. Im vorigen Jahre hat der Gemeinderat einen solchen Antrag einstimmig angenommen. Die Amtshauptmannschaft in Bautzen lehnte aber den Besluß ab, da die Gemeinde nur 1400 Einwohner habe; es sei eben kein Bedürfnis vorhanden. Neuerdings nun hatte sich der Gemeinderat abermals mit der Frage zu beschäftigen. In zwei Petitionen mit über 100 Unterschriften verlangen die Gemeindemitglieder abermals nach der Dessenlichkeit der Gemeinderatsitzungen, und der Gemeinderat hat abermals einstimmig in dem Wunsche der Gemeindemitglieder Folge geleistet.

Wird die Amtshauptmannschaft nun auch ssernlich noch durch angebrochene Verordnung auch in diesem Falle den Besluß erbringen, daß die Gemeindeautonomie in Sachsen nur auf dem Papier steht?

### Eine neue Verwaltungsordnung der Staatsbahnseisenbahnen.

Die Nationalliberalen in der Zweiten Kammer des Landtags haben bekanntlich einen Antrag eingebracht, durch den eine Verminderung der Instanzen und Erhöhung ihrer Verantwortlichkeit bei der Verwaltung der Staatsbahnseisenbahnen angestrebt wird, um den Aufsichtsrat, die den Verkehr in einem Lande von der industriellen Bedeutung Sachsen zu stellen berechtigt ist, in mehr kaufmännischer Weise genügen zu können. Zugleich mit dem Antrage ist auch eine Verordnung des Finanzministeriums erschienen, wonach vom 1. Januar 1910 eine neue Verwaltungsordnung bei den Staatsbahnseisenbahnen in Kraft treten soll.

Diese Verordnung bringt manifache Neuerungen und Veränderungen. Danach erfolgt auch in Zukunft die Leitung und Verwaltung der im Betriebe und in Bau befindlichen Staatsbahnseisenbahnen unter der Oberaufsicht des Finanzministeriums und in Unterordnung unter dieselbe durch die Generaldirektion der Staatsbahnseisenbahnen. Das gleiche gilt für die vom Staat übernommene Betriebsführung aus Privatbahnseisenbahnen. Das Finanzministerium hat sich den Erhalt allgemeiner Bestimmungen und Vorschriften für die Rechts- und Dienstverhältnisse des Personals und für das Staat-, Kassen-, Material- und Rechnungswesen usw. vorbehalten, ebenso die Feststellung der in den Staat eingestellenden Summen und der Entwickelung und Anschläge, die Genehmigung zur Betriebsförderung oder Betriebsentlastung auf Bahnstrecken, die Feststellung der Fahrpläne und Tarife, die Anstellung, Förderung und Vergabe gewisser Beamtenkategorien, die Genehmigung zur Vergabe von Leiserungen, von Bauausführungen, zum Ankauf von Grundstücken, die Genehmigung von Grundstückserwerbungen usw.

Der Generaldirektion der Staatsbahnseisenbahnen obliegen vom 1. Januar 1910 an mit den einer Mittelbehörde zugehörigen Rechten und Pflichten die gesamte Verwaltung, der Betrieb und die Erhaltung der Staats- und mitverwalteten Privatbahnseisenbahnen, sowie die Leitung des Staatsbahnseisenbahnbauwesens. Die Generaldirektion vertritt innerhalb ihres Geschäftsfeldes den Staatsstabs und gliedert sich in vier Abteilungen, und zwar die allgemeine Verwaltungsabteilung, die Verkehrsabteilung, die Bau- und Betriebsabteilung und die Bauabteilung. Außerdem sind der Generaldirektion als technische Büros beigegeben das Allgemeine Technische Bureau, das Verkehrsabteilung, das Elektrotechnische Bureau, das Fahrdienstbureau, das Hochbaubureau, das Maschinenbetriebsbureau und das Oberbaubureau. Ferner sind der Generaldirektion als Hauptverwaltungsstellen zugeordnet worden das Bureau für Arbeiterversicherung, das Haupbüro, die Haupbuchhalterei, die Haupkasse, das Revisionsbureau, das Statistische Bureau, die Verkehrskontrolle I und II, das Verkehrsabteilung und die Wirtschaftsabteilung. Für die Ausführung und Überwachung des Dienstes nach den allgemeinen Vorschriften und nach den erzielten besonderen Anordnungen sind für die einzelnen Bezirke des Staatsbahnbereiches Eisenbahnbetriebsdirektionen, Eisenbahnämter, Bahnhofswaterstellen, Eisenbahnmaschinenämter, Eisenbahn-Elektrotechnische Ämter und Eisenbahnwettstättendämter eingerichtet worden. Außerdem werden für den Neubau nach Bedarf Eisenbahn-Neubaumäter errichtet.

Ob diese Verordnung den Wünschen der nationalliberalen Antragsteller auf Verminderung der Instanzen und Erhöhung ihrer Verantwortlichkeit entspricht, wird sich bei der Beratung der nationalliberalen Anträge in der Zweiten Kammer zeigen.

Reichenbach. Die geschiedene Frau hat sich nun auch hier gewinnbringend eingeführt. Die erste Aufführung stand vor ausverkauftem, in bedingt großer Weise gefülltem Hause statt. Das ist die Wirkung der Empfehlung durch den Plauener Stadtrat.

Stitau. Die Ronnenbeckampfung hat unserer Stadt, deren ausgedehnte Grenzwaldungen von der Rommengefahr ganz erheblich bedroht wurden, in den letzten drei Jahren eine Miliardensumme gekostet. Es wurden im Kampf gegen den Schädlings in genannter Zeit rund 170 000 M. ausgegeben. Der Stadtrat will nun an den Landtag eine Petition senden, in der er

Belästigung ausgewendeten großen Kosten einen Stadtbetrag zu gewähren.

Plauen. Der Leiter des Stadtheaters, Hofrat Franz, hat an den Stadtrat ein Gefüch um Aufhebung des Verbots, der Geschiedene Frau gerichtet; der Rat hat jedoch beschlossen, das Verbot aufrecht zu erhalten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zu das Untersuchungsgesangs in Bautzen wurde die 21 Jahre alte Dienstmagd Anna Pille aus Bortitz bei Matzlow eingeliefert, die ihr neugeborenes Kind durch Erwürgen getötet und dann verbrannt hat, den kleinen Leichnam im Ofen bei ihrer Herrschaft zu verbrennen. Das Mädchen hatte seinen Zustand zu verheimlichen gewußt. Bei den Erforderungen fand man die Überreste des Leichnams in der Ofenfeuerung. Der Vater des unehelichen Kindes hatte kurz vor der Niederkunft des Mädchens eine andre geheiratet. — In Pirna mahlte die aus Böhmen gebürtige Arbeiterin Martinka den Versuch, ihren Mann zu erschießen. Nach dem Abschluß des Revolutionsfestes erging die Frau die Flucht und ist bis jetzt auch noch nicht gefunden. Die ehelichen Verhältnisse des in der Mitte der 20er Jahre stehenden Paars waren schon seit längerer Zeit getrübt. Die Frau unterhielt einen Liebhaber. — In Norden war bei Nossen erschossen der stelllose 10jährige Dienstmagd Gaiba seine Geliebte, die 10jährige landwirtschaftliche Dienstmagd Nudolph und wurde dann auf gleiche Weise sich selbst. Der Tod trat bei beiden sofort ein. Das Mädchen stammt aus Bodenbach bei Nossen. — In Chemnitz entstand dadurch eine heftige Explosion, daß eine tiefste Wärmeplatte, ohne daß man die Verschlußschraube gelöst hatte, zum Erwärmen in den geheizten Ofen gestellt worden war. Der Druck der entstandenen Dämpfe war so groß, daß beim Explodieren der Platte der große Radloch vollständig zerstört wurde, wobei auch sämtliche Einrichtungsgegenstände stark beschädigt wurden. — Wegen Stillichkeitsverstörs an einem Schulmädchen hatte sich vor dem Landgericht Bautzen der frühere Lehrer Moritz aus Mittweida-Markersbach bei Schwarzenberg zu verantworten. Der Vorfall hatte seinerzeit wegen der Flucht des Lehrers besondere Aufsehen erregt. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Auseinandersetzung eines Monats der erlittenen Untersuchungshaft und 2 Jahre Chorverlust. — Ein gefährlicher Zusammenstoß ereignete sich in Plauen zwischen einem Automobil einer Kommissionssfirma und einer mit zwei Personen bespannten Drosche. Dem Sattelpferd der Drosche wurde das Hufe hinterher zerstört, außerdem erlitt es noch andre Verletzungen, so daß es auf der Stelle abgestoßen werden mußte. Das andre Pferd erlitt am linken Fuß eine größere Verletzung. Der Kutscher war vom Pferd geschleudert worden, doch kam er ohne Verwundungen davon. Die Drosche wurde demoliert, der Kastivogel mehrfach beschädigt. — In der Gasanstalt Neuschönau erfolgte im Apparate Raum eine Explosion, wobei der Installateur Gleiter im Gesicht und am Arm schwer verbrannt wurde. Durch den starken Druck wurde eine Seitenwand des Gebäudes beschädigt und das Oberlicht durchgeschlagen.

## Hin den Nachbargebieten.

### Höhlenartige Wohnungen.

Bei der Beratung des Erbbaurechts in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen in Magdeburg entrüsteten sich die Hausbesitzer über die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, der die dortigen Wohnungsvorhänge als dringend verbessерungsbedürftig bezeichnet und davon gesprochen hatte, daß es Wohnungen in Magdeburg gebe, die man nur als Höhle bezeichnen könne. In einem Eingang im Magdeburger Generalanzeiger nahm Dienstag ein angebliches Mitglied der Gesundheitskommission das Wort, um folgendes zu sagen: Ich habe als Mitglied der Gesundheitskommission viele kleine Wohnungen besichtigt und dabei nie Höhle angetroffen — wir fanden ja bewohnte Räume, so z. B. in Buckau, über Schweinställen — in den Räumen schlimme Gerüche — aber nirgends Höhle!

Das wichtigste aber hat Herr Beimel vergeben zu sagen — alle derartigen Inhaber ungefundene Räume wollten nur deshalb keine andern — weil die Mieten für das ganze Jahr 40 bis 100 M. betrugen.

Hierzu bemerkte die Magdeburger Volksstimme: Der Schreiber dieser Zeilen bezeichnet sich ausdrücklich als Nichthausbesitzer, um von vornherein dem Vorwurf der Vereinigungsmehrheit zu begegnen. Der kann ihm aber doch nicht erpart werden, denn als Mitglied der Gesundheitskommission sind ihm auch deren Berichte bekannt, und wer diese kennt, kann unmöglich bestreiten, daß es höhlenartige Wohnungen in Magdeburg gibt. Wir haben höchstens schon auf diese Berichte hingewiesen. Heute seien einige Stichproben daraus gegeben. Am 28. Oktober 1904 stellte die 5. Unterkommission der städtischen Gesundheitskommission im Hause Große Steinernenstraße 6 folgendes fest:

Haus Wohnung II. Schlafraum ohne Licht und unbewohnt. Der Raum ist für Menschen und zwei Kinder benutzt wird. Der Raum ist für Menschen und zwei Kinder benutzt wird. Kann man den Raum nicht als Höhle bezeichnen? Eine Änderung ist nicht getroffen worden, denn die städtische Polizei-verwaltung hat sich auf den Bericht der Kommission wie folgt gehäuht:

Die dunkle Kammer ist schon vor 1842 vorhanden gewesen. Baupolizeilich kann daher nicht eingeschritten werden. Um übrigens steht dem II. noch eine ziemlich geräumige Stube zur Verfügung.

Die unbewohnbare Höhle ohne Licht und Luft blieb also bewohnt!

Am 28. Januar 1904 heißt es über das Haus Kleine Klosterstraße 18:

Im 2. Stock zu niedrig, Wohnungen B. und C. eng und wenig beleuchtet, daher geunehmlich häuslich. Bortreppe beverbeschaffungsbedürftig, Bortreppe lebensgefährlich. Es hat sich kürzlich ein Unfall ereignet. Wohnungen C. und D. niedrig.

Die städtische Polizeiverwaltung bemerkte dazu: Die Wohnungen sind genehmigt. Baupolizeilich kann nicht eingeschritten werden.

Es bleibt also beim alten und wird noch heute so sein; nur an den Treppen sind einige Änderungen vorgenommen worden.

Von dem Hause Große Mühlstraße 8 heißt es unter dem 21. April 1904: Bei Epidemien könnte es einen suchtabaren Seuchenherd abgeben. Im Hinterhaus Braunschmidtstraße 10 befandet die Kommission eine Wohnung zum Aufenthalt von Menschen als gänzlich ungeeignet. Die Baupolizei sagt dazu: Die beanstandeten Räume sind sämtlich genehmigt. Die Räumung der Wohnung wurde also nicht angeordnet.

So könnten wir die Beispiele noch um eine gute Anzahl vermehren. Wir denken aber, daß es schon genügt, um zu beweisen, daß es in Magdeburg noch Wohnungen gibt, die man mit Recht als Höhle bezeichnen kann.

Jena. Vor einiger Zeit war Rechtsanwalt Dr. Fröber während einer Schöffengerichtsverhandlung, in der er als Verteidiger auftrat, mit dem Vorsitzenden, Gerichtsassessor Lauter, in Differenzen geraten, deren Folge eine Duellforderung war. Lauter lehnte die Forderung ab. Dr. Fröber wurde auf Anzeige von der Strafkammer in Weimar wegen Heranzögerung zum Zwielampen mit tödlichen Waffen zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Im Zusammenhang mit dieser Affäre hatte sich Dr. Fröber vor der Anwaltskammer des gemeinschaftlichen Oberlandesgerichts in Jena wegen Pflichtverletzung zu verantworten. Die achtständige Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete zugunsten

es Angeklagten, der gemäß dem Antrag des Oberstaatsanwalts Dr. Trautweiter freigesprochen wurde.

Jena. Der Gemeinderat hatte am Tage nach der Überschwemmung der Saale im September dem Stadtbauamt einen Notstandskredit bis zu 10 000 Mk. eröffnet zur Vorrätsnahme von Schuhmässregeln. Das Stadtbauamt hat ohne Vorwissen und Genehmigung des Bauausschusses und des Gemeinderats diesen Notstandskredit bis zur Höhe von 75 000 Mark überstritten. Der Gemeinderat ist jedoch nicht willens, diesen ungewöhnlichen Betrag nachzubewilligen. Einstweilen sind nun die Arbeiten an der Saale eingestellt.

## Hus der Umgebung.

Thekla. In der letzten Schulvorstandssitzung gab der Vorstehende bekannt, daß an Stelle des fortgezogenen Unansäßigen G. Müller der vom Gemeinderat nachgewählte Unansäßige G. Voigt das erstmal zu einer Sitzung geladen und auch erschienen sei. Es wurde dann die Bestätigung der Bezirkschulinspektion zum 2. Nachtrag zur Lokalschulordnung bekanntgegeben. Dieser Nachtrag soll an den Anschlagtafel am Gemeindeamt öffentlich angehängt werden. Es ist dies eine Bestimmung, die auf Veranlassung der Bezirkschulinspektion Leipzig II in die Schulordnung für die Fortbildungsschule aufgenommen worden ist. Durch diese Bestimmung soll für Thekla nur der Turnverein für Mockau getroffen werden. Die ganze Sache ist auf die Arbeiterturnvereine zugeplickt, was auch bei einer späteren Aussprache am Schluß der Sitzung zum Ausdruck kam. Weiter wurde von der Bezirkschulinspektion durch ein Schreiben wegen der Unmöglichkeit der militärdienstpflichtigen Volksschullehrer im Falle plötzlicher Einziehung zum Militär angefragt. Es wurde in diesem Falle für die Gemeinde Thekla nur ein Lehrer, und zwar ein Hilfslehrer als abhängig in Frage kommen. Ferner soll eine Dampfheizungsanlage im Schulhaus in nächster Zeit eingerichtet werden. Der Vertreter der Firma Max Hammer in Lübeck hält über die Anlage einer Niederdruckdampfheizung einen Vortrag. Es soll aber noch ein anderer Vertreter über ein anderes System gehörig werden, so daß diese Angelegenheit vorläufig vertagt wurde. Bei der Aufstellung des Haushaltplanes für 1910 wurden wie im vorigen Jahre 7800 Mk. vorgesehen. Das Gesuch zweier unverheirateter Lehrer, um Nachbewilligung für Wohnungsaufschuß von je 70 Mk. wurde zurückgestellt. Der Oberlehrer teilte mit, daß er gewünscht gewesen sei, einen Fortbildungsschüler, der angeblich auf Veranlassung seines Prinzipals mehrere Male die Fortbildungsschule geschwänzt hatte, durch Nachsitzen zu bestrafen. Es soll in diesem Falle auch der Prinzipal noch in Strafe genommen werden. Für die im Orte bestehende Schulbibliothek, auch Volksbibliothek genannt, wurden 50 Mk. wie im vorigen Jahre bei der Aufstellung des Haushaltplanes für 1910 eingelegt. Es sollen in Zukunft je zwei Wochen 5 Pfg. — bisher waren es pro Woche 5 Pfg. — als Gebühren für die geliehenen Bücher erhoben werden.

Borsdorf. Die gestrige Gemeinderatswahl ergab folgendes Resultat: Wahlberechtigte in der 1. Klasse 85, in der 2. Klasse 77 und in der 3. Klasse 250. Stimmen wurden abgegeben: in der 1. Klasse 19, in der 2. Klasse 35 und in der 3. Klasse 162. Die Wahlbeteiligung war also im allgemeinen, besonders aber in den Klassen der Ansäßigen, gering. Es erhielten Stimmen: in der 1. Klasse (Haushälter mit über 300 Einheiten) als Ausschußmitglied Fr. Walther 17, Fr. Kunze 1, als Ersatzmann H. Wendt 17, Fr. Walther 1, 1 Stettl war ungültig; gewählt wurden Walther und Wendt; in der 2. Klasse (Haushälter mit weniger als 300 Einheiten) als Ausschußmitglieder M. Papsdorf 85, E. Jahn 84, H. Albers 1, als Ersatzmänner M. Helbig 88, G. Weise 29, H. Müller 1; gewählt sind Papsdorf, Jahn, Helbig und Weise; in der 3. Klasse (Unansäßige) als Ausschußmitglied H. Kunze 76, H. Gutz 57, G. Männer 27, H. Müller 2, H. Köhler 1, als Ersatzmänner H. Müller 84, H. Wittig 75, H. Gutz 2; gewählt wurden Kunze und Müller. Es scheiden Ende dieses Jahres aus dem Gemeinderat aus: Wendt, Behler und Gutz. Neu treten ein: Walther, Jahn und Kunze. Herrn Gutz war es nicht vergönnt, sein 25jähriges Jubiläum als Gemeinderatsmitglied zu feiern. Er muß nach dem 24. Jahre Schluss machen. An seine Stelle tritt der Kandidat des Ortsvereins Genosse Kunze.

Taucha. Einbrecher. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in das Geschäftslokal des Herren D. Fischer eingebrochen. Die Diebe schlugen es auf die Ladentafel abgeschlagen zu haben. Es stießen ihnen aber nur einige Mark Wechselseite in die Hände. Durch das Einbrücken der Fensterscheibe waren die Nachbarn alarmiert worden und veranstalteten eine formelle Jagd auf die Diebe, von denen zwei verhaftet wurden. Die verlaufen sind die Täter zwei Handlungsschiffen und ein Maler aus Leipzig.

Eisbergwitz. Gemeinderatswahl. Bei der gestern vorgenommenen Ergänzungswahl zum Gemeinderat wurden in der Klasse V (Unansäßige unter 1800 Mk. Einkommen) die Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt. Es erhielten der Genosse Maurer Wilhelm Schmidt als Ausschußvertreter 170 Stimmen und der Genosse Max Martin als Stellvertreter 172 Stimmen. Abgegeben wurden im ganzen 214 Stimmen. Der Genosse Maurer Hermann Gebhardt, der bisherige Vertreter, hatte auf die Kandidatur verzichtet. Die Gegner erhielten in dieser Klasse 29 Stimmen. In der Klasse III (Haushälter unter 1800 Mk. Einkommen) brachten es unsere Genossen auf 41 Stimmen, während der Gegner mit 45 Stimmen gewählt wurde.

Döbsch. Gemeinderatswahl vom 3. Dezember. Von einer Beschwerde über angeblich ungebührliches Vertragen eines Schuhmanns wurde Kenntnis genommen. Nach Prüfung der Sache konnte sich der Gemeinderat der Beschwerde nicht anschließen; doch sollen die Schuhmänner erinnert werden, gegen Lehmann, ihrer Instruktion entsprechend, höflich zu sein. Ein gegangener ist ein Gesuch des Ausschußvertreters um Erhöhung der Pauschale. — Ein wiederholter Antrag unseres Genossen, die Klubwahl zur Gemeinderatswahl einzuführen, der auf Beschluss des Gemeinderats auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten diesmal die Herren Brindt, Schleusing, Meder, Müller, Rosenbaum und der Antragsteller. Da die bis jetzt von der Gemeinde ausgeführten Schleusen-, Fußweg- und Straßenbauten sowie die sich im Jahre 1910 notwendig machen, zum Teil vertraglich festgelegten Bauten, noch nicht in voller Höhe des Herstellungswertes beliehen sind, wurde der Aufnahme einer Anteile von 240 000 Mk. bei der Landesversicherungsanstalt zugestimmt. Eine ausgiebige Debatte entspans sich über diese Anteile, nachdem unser Genosse, wie schon öfters, angeregt hatte, doch selbst den Bau von Arbeiterwohnungen auf Gemeindeareal in die Wege zu leiten, um zur Vergrößerung und Tilgung der als Gegenleistung von Bauarbeiter übernommenen Schleusen- und Straßenbauosten etwas Positives zu haben. Aber wie immer, in Leipzig schaffen die Arbeiter den Mehrverdienst, und Döbsch hat dann die Armenlasten usw. zu tragen. Sache der Vorortgemeinden wäre es dann, ernstlich einmal den Willen zu zeigen, und die Nebenkosten der Armen- und Schulkosten vom Staat zu verlangen. Weiter regte unser Genosse an, auch einmal an die Errichtung eines Gemeinde- resp. Armenhauses zu denken, da das heilige dem Döbscher „Villenvorort“ nicht entsprechend beabsichtigt werden kann. — Ein Antrag eines Fleischbeschauers auf Bildung eines Bezirk und Teilung der Gebühren in gleiche Teile wurde mit 8 gegen 8 Stimmen abgelehnt, was unser Genosse, der dafür war, veranlaßte, den Antrag zu stellen, eine Neuerteilung der zwei Bezirke vorzunehmen. Dieser Antrag wurde dem Wohlfahrtsausschuß überreicht. — Die von den Antragern der Hauptstraße zu einem Drittel zu tragenden Fußwegbausten wurden in der vom Finanz- und Verfassungsausschuss festgesetzten Höhe genehmigt. Die Gutachten über die Altanlage wurden vorgetragen; eine Rückführung behält sich der Gemeinderat vor.

— Wahlergebnis. Die am 5. Dezember stattgefundenen Gemeinderatswahlen sind ziemlich ruhig verlaufen, da in der am meisten umstrittenen 3. Klasse nur ein Ersatzmann zu wählen war. Nach langer Zeit hatten unsere Genossen auch in der 2. Klasse (Haushälter) wieder Kandidaten aufgestellt; mit dem Erfolg können wir aufreihen sein. Das Wahlergebnis ist folgendes: 1. Klasse: Straube (bürgertlich) als Vertreter 28, Brindt (bürgertlich) als Ersatzmann 84 Stimmen; 2. Klasse: Klemm (bürgertlich) als Vertreter 22, Hormann (bürgertlich) als Vertreter 19, Calow (bürgertlich) als Ersatzmann 22, Kühn (Sozialdemokrat) als Vertreter 15, Ludwig (Sozialdemokrat) als Vertreter 15, Ludwig (Sozialdemokrat) als Ersatzmann 14 Stimmen; 3. Klasse: Tippmann (bürgertlich) als Ersatzmann 88, Beiger (Sozialdemokrat) als Ersatzmann 68 Stimmen;

4. Klasse: Genosse Grohmann als Vertreter 143, Genosse König als Ersatzmann 143 Stimmen. In der 4. Klasse hatten die Gegner beschlossen, keine Stimmzettel abzugeben. Dem sind 7 Wähler nachgekommen. Es waren nach dem vorliegenden Resultat demnach die 221 sozialdemokratischen Wähler durch einen Vertreter im Gemeinderat vertreten, die ca. 150 bürgerlichen Wähler jedoch durch 11 Vertreter. Hierzu kommen jedoch noch die 8 bürgerlichen Gemeindeältesten.

Kaulsdorf. Aus dem Gemeinderat. Eine Steuererklärung des Arbeiters Sch. wurde als unbegründet zurückgewiesen. — Der Antrag auf eine Schneepflug zum Preise von 120 Mk. wurde abgestimmt. — Auf eine Anfrage der Eisenbahndirektion, ob die Gemeindekiesgrube veräußert sei, wurde der Gemeindevorstand beauftragt, mit der betreffenden Verwaltung in Unterhandlung zu treten. — Es folgte der Bericht über die Gemeinderechnung. Die Einnahme betrug 1908 in Summe 19227,98 Mk., die Ausgabe 17740,24 Mk. und zwar an Kapitalzinsen 507 Mk., Gehalt und Löhne 2188,50 Mk., Vergebaufosten 1609,00 Mk., Bau- und Reparaturosten 113,18 Mk., Vermehrung des Inventars 845,41 Mk., Staats- und andre Steuern 352 Mk., Beläge zu andern Kassen, und zwar Kirchenfeste 807,30 Mk., Schulfeste 6920,10 Mk., Schulgeld 1120,20 Mk., Grundsteuer an die Schulfasse 740,25 Mk., zusammen 6111,91 Mk., Verwaltungsaufwand 368,27 Mk. und 20 Pegate, zusammen 2829,09 Mk. Es verbleibt ein Kassenbestand in der Gemeindekasse von 1587,74 Mk., dazu kommen aus der Armenkasse 400,05 Mk. und aus der Feuerlöschkasse 254,03 Mk., so daß der gesamte Kassenbestand 2002,42 Mk. beträgt. Das Vermögen besteht aus dem Kassenbestand von 1587,74 Mk., einem Sparkassenbuch über 600 Mk., Sächsische Anleihe 800 Mk., Stammpapiere 3700 Mk. und einem Gutsbesitz bei der Sparkasse von 800 Mk., zusammen 7287,74 Mk. Dem steht eine Darlehensschuld beim Landwirtschaftlichen Kreditverein von 4895,07 Mk. und ein weiteres Darlehen von 1500 Mark gegenüber, so daß noch ein Barvermögen von 802,07 Mk. vorhanden ist. Der Umstand, daß nicht ein einziger Einwohner in die Gemeinderechnung Einsicht genommen hat, beweist, wie wenig Interesse hier leider den Gemeindeangelegenheiten entgegengebracht wird.

Schleußig. Wegen gefährlicher Körperverletzung hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Kürchner Parade und der Arbeiter Robert Wolf aus Rödelwitz zu verantworten. Die beiden hatten am 10. April den Kürchner Hering aus Schleußig ohne ersichtlichen Grund in den Chausseegraben geworfen und derart geschlagen, daß er einige Tage nicht arbeiten konnte. Wolf hatte außerdem gedroht, daß er Hering erschlagen wolle. Das Urteil für die bisher Unbescholtene lautete für Wolf auf fünf Wochen und für Parade auf vier Wochen Gefängnis.

— Für eine Unüberlegtheit drei Monate Gefängnis. Der 87 Jahre alte Arbeiter Friedrich Kipp von hier sollte am 28. Mai zur Verhölung einer eintägigen Haftstrafe festgenommen werden. Dem Polizisten, der ihm den Haftbefehl auf der Arbeitsstätte vorzeigte, erklärte er, er müsse erst noch einmal Blei trinken. Als er daran verhindert wurde, schlug er auf den Beamten los und leistete der Aufforderung, mitzukommen, gewaltsamen Widerstand. Das Schleußiger Schöffengericht hatte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten verhängt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer in Halle verworfen.

## Zur gefalligen Beachtung!

Unser verehrter Vater wollen bei Bezahlung der Leipziger Tageszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Ausdrägers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unchristliche Aufstellung, die wir direkt an die Expedition richten, sollte man den Namen des Ausdrägers mit angeben.

Die Expedition.

## Erwerbt das Bürgerrecht!

# „Das gute Riebeck-Bier.“

### Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Wieder wird eröffnet.

Montag, den 8. Dezember: 227. Abonnement-Vorstellung (8. Seite, weiß):

Alt-Heidelberg.

Regie: Regisseur Hellmuth-Börlin.

Kurfürst Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Königsmünde.

Graf von Weimar.

Prinzessin Sophie.

Prinzessin Sophie.</p



Bürgerliches Gesetzbuch. 30 Pfg. Goethe. Faust I. und II. Teil, in 2 Bänden. Liebhaber-Einbd. 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig u. Filialen. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

## Alle Austräger der Volkszeitung

nehmen Bestellungen entgegen auf die neu erschienenen Bändchen der

## Deutschen Jugendbücherei

10 Pfg.

Es gilt die Bekämpfung der Schundbücher - greulichen und patriotischen Inhaltes -, das Hinauswerfen dieses geistigen Unrates aus den Köpfen der Jugend! + + + + +

Es sind weiter erschienen:

**Das Schloss in der Höhle Xa Xa.**

Von Gustav Schwab.

**Die Geschwister. — Der Geiss-Christell.**

Von Ernst Zahn.

Zu haben in der

**Volksbuchhandlung Leipzig**

Tauchaer Strasse 19/21 und sämtlichen Filialen.

## Deutscher Rechtsfreund

### Selbsthilfe

in allen Mehlsträgen des täglichen Lebens für jedermann aus dem Volke. Bearbeit. v. Dr. K.v.Threden.

Preis nur 25 Pfg.

Das Buch ist 291 Seiten stark, hat Inhaltsverzeichnis und enthält Kurzgedrängt eine ganze Anzahl auch für den Arbeiter wichtige Gesetze. Zu beziehen durch die Volkshandlung, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, oder deren Filialen.



Petrol. Glühlicht-Brenner mit Dauerstromp unter Garantie. Moderne Tische und Hängelampen. Nouholt Planolampen (Rundbrenner)

**Baldwin Oehme, Leipzig**

Grimm. Str. 2 (Auerbachs Hof).

## Geflüster

## Reise-Romane

Größte Auswahl. Preishände 1.50 Mr. hat vorrätig die

**Volkshandlung Leipzig**

Tauchaer Strasse 19/21 und deren Filialen.



# Schwarz auf Weiss

lässt es sich beweisen, welch wesentliche Ersparnis durch fortgesetzten Gebrauch der beliebten Margarine-Qualitäten

## Rheinperle und Solo

als vorteilhaftester und bester Ersatz für Naturbutter erzielt wird.

Rechnen Sie selbst nach.

Sie sparen über ein Drittel im Preis,

Ueberall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: Holländ. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rheinland),

# Kleiner Anzeiger.

### Verkäufe und Käufe.

Hienlong-Essenz (extra stark) 1 Dfl. fl. 2.50, 30 fl. 6 Mk. Windmühlenstr. 14/16, III. L. (Tivoli)

**Grosse Posten**

**Filz- und Lederschuhe**

angekommen. Spottbillige Preise. Ein großer und ein detail abzugeben. Filzschuhe von 35 fl. u. 45 Pfg. an. Markt 3, Kochs Hof, Partiewaren-halle. Bernhard Berger. Teleph. 12665.

**Schuh- u. Filzwaren**

exklusiv. Gelegenheitsläufe, bill. Vo. Mariannenstr. 92 (Klein Laden).

**Gie schädigen sich selbst**

wenn Sie vor Einkauf von Herren- u. Knabenkleider nicht erst nach Blauwars Monsals-Garderobe

Reichsstr. 41, nur 1. Etg., im Hause Seestern, gehen, um sich die eleg. u. billigen Herbst- u. Winterpaletots, Jackett- und Rock-Anzüge (auch für Startbeleibte), Juppen, Knaben-Garderobe, Fracks- u. Gesellschaftsanzüge anzusehen. Alles auf Leihw. im Winter v. Freitagab. Sonnab. 5 Uhr gesch.

**Elegante Anzüge u. Paletots**

fertigt nach Maß von 20 fl. an. Kett. Kleiderei, Neustadt 24, Tr. CII.

**Pelzeboas!**

Billigste Preise, weil kein Laden.

**Reparaturen.**

**Katzenfelle**

präpariert gegen Gicht u. Rheumatismus

Herzlich sehr empf. u. 1.50 fl. an.

Max Naumann, Windmühlenstr. 40.\*

**Hygien. Frauenartikel**

sowie Wäsche, Kinderkleider u. klein Ende 3 fl. bei Warenhaus umsonst.

Auf Bestellung somme ins Haus.

K. G. Otto, Schlo., Schmiedstr. 88, ut.\*

Eleg. Säulen-Püschtchosa sofort fl. 30 fl. z. vt. Weißstr. 6, Hofstr. 1.

### Wäsche-Blum

## Bettwäsche

Boxug mit Kissen . . . 2.75 Bettuch, 2m lg. oh. Näh 1.25 Inlett-Deckbett . . . 4.25 Inlett-Unterbett . . . 8.75 bis zu den feinsten Qualitäten.

**Hugo Blum**

Reichsstrasse — Handelshof.

### Wäsche-Blum

Küchen-Handtücher grau, gefäumt, à Stück 30 Pfg. Elisab. Heldorn, Dorotheenstr. 2.

Habe einen größeren Posten

Linoleum-Läufer-Reste welche ich, solange der Vorrat reicht, zu folg. Preisen ausverkaufe: [21480\*]

60 cm breit, 08 fl. 5 Mr.

67 " " 85 "

90 " " 110 "

110 " " 150 "

130 " " 200 "

200 " " 250 "

Jos. Schäfer, Burgstr. 26.

Reelle neue Betten

Gebett 12.50, 14, 18, 25, 38 fl.

b. Selmar Kraft, Einbenden, Markt

Steiderstr. 21 für 28, 1flir. 18. Bert.

28. Romm. 18. Vill. 14. 45. Rips. 30.

Bitfl. m. fl. 25. fl. Nonnenstr. 88.

Sprem. m. fl. 12. fl. Körnerstr. 1. L.

Sprechapparat, neu, für 25 fl. zu ver-

kaufen. Wahren, Königsstr. 29, I.

Zither u. Puppen, u. verlaufen.

Krau Böthig, Weihenstr. 48, III. r.

Nähm. verfl. bitt. 30. fl. 4. p.\*

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

neben Sachsenhof.

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

neben Sachsenhof.

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

neben Sachsenhof.

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

neben Sachsenhof.

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

neben Sachsenhof.

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

neben Sachsenhof.

Spieldaten u. Puppen

zu billigen Engros-Preisen,

auch im einzelnen.

**M. Reichardt**

Markt 10, I. Tr. A.

15% Rabatt.

Hamburger Spezialhaus

für Fahrradzubehör \*

Leipzig, Johannisplatz 3,

# 2. Beilage zu Nr. 282 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 6. Dezember 1909.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Dezember.

Geschichtsalender. 6. Dezember 1815: Der Kunstschriftsteller Theodor Gaedek in Elberfeld geboren. 1828: Der Sprachforscher und Orientalist Max Müller in Dessau geboren. 1808: Der Sprachforscher August Schleicher in Jena gestorben. 1890: Johann Philipp Becker in Genss gestorben. 1892: Der Physiker, Ingenieur und Erfinder Ernst Werner von Siemens in Berlin gestorben. 1907: Der Statistiker Richard Voest in Berlin gestorben.

Sonnenaufgang: 7.57, Sonnenuntergang: 18.45.

Monduntergang: 12.30 vorm., Mondaufgang: 1.35 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. Dezember:  
Bölige Westwinde, veränderliche Bewölkung, milde Niederschläge in kurzen Böen.

### Parteiangelegenheiten.

Kunst und Proletariat lautet das Thema, über das der preußische Landtagsabgeordnete Genosse S. Ströbel-Berlin am Dienstag, den 7. Dezember, hier sprechen wird. Die Versammlung findet im kleinen Saale des Volkshauses statt und beginnt um 9 Uhr abends.

### Ein politisches Rhinoceros.

Um Verzeihung! Aber Herr Maximilian Harden hat zum Schluss seines "politischen" Unterhaltungssabends am Sonnabend selbst davon gesprochen, daß seine Zuhörer ins Zentraltheater gekommen seien, um das Rhinoceros zu sehen. Herr Harden erschien in vorrichtsmäßiger Toilette: Frack, weiße Weste, weiße Handschuhe, riesige weiße Blume im Knopfloch. Publikum war ziemlich zahlreich vorhanden, besonders auf den billigsten Plätzen der Galerie; unten im Saal freilich, wo die Plätze 3-5 Mt. kosteten, waren lange Reihen Stühle unbesetzt. Dass Herr Harden ein politisches Rhinoceros ist, erkennen übrigens auch alle diesen Zeute, die nur ein klein wenig politische Schulung besitzen. Hörte man doch z. B. äußern: Es war ja sehr hübsch, aber was war es eigentlich? Harden plaudert, und wer nicht weiß, wie er den Abend totschlagen soll, sieht sich ins Auto, fährt zum Zentraltheater und taucht für 5 Mt. das Recht, 1½ Stunde den Mann zu sehen, der glücklich ist, zu denjenigen gezählt zu haben, die die Kürschnerschleife des ersten Kanzlers küssen durften.

Was Wunder, daß ihnen kein anderer Kanzler mehr imponiert hat? Seit Bismarck hat es überhaupt keinen Kanzler mehr gegeben, erklärt Harden. Caprivi, — na, überhaupt Caprivi! — Der habe die Aufgabe gehabt, gegen Bismarck schroff zu sein, und so etwas verzehlt eine Nation nicht, die weiß, was sie Bismarck zu danken hat. Caprivi hatte auch kein großes Maul wie Bismarck, im Gegenteil, er war ein so beschiedener Mensch, daß er nach seinem Amtsantritt zur Kaiserin sagte, ihm sei zumutbar wie einem Kind, das man mit verbundenen Augen in einen dunklen Zimmer gestoßen habe. Was soll so ein armeloser Mensch im Reichskanzlerpalais? Er ist nur eine traurige Gestalt geworden und ist kein wirklicher Kanzler gewesen. Zum dritten Kanzler suchte man einen hequemen Mann, der es verstanden hat, sich in den Ruf zu setzen, als sei er ein Bewunderer Bismarcks. Dieser Ruf hat ihm ins Amt geholfen. Ihm lotte wohl auch das verdoppelte Gehalt und der Umstand, daß die Güter seiner Frau in Russland lagen. Hohenlohe war kein starker Diplomat, ein Morphinist, er ist keinen Augenblick Reichskanzler gewesen.

Und nun Bülow! Als Redner für das Niveau der Reichstagsabgeordneten gab's nichts Besseres. Er besaß auch das Geschick, die öffentliche Meinung zu frisieren. Aber eins ira (ohne Ironie). Hat das Deutsche Reich gute Geschäfte mit ihm gemacht? Nein! Und dennoch hat es keinen Staatsmann in Deutschland gegeben, der so viel Glück gehabt hat. An Mehrung des Reiches sei jedoch nichts zu sehen. Bülow selbst hat sich den Manager des Kaisers genannt; ein Kanzler, auf den man blicken konnte, ist auch er nicht gewesen. Es hat seit Bismarck keinen Kanzler gegeben und es kann keinen mehr geben, weil die Geschäfte zu groß und vielseitig geworden sind. Nur ein inkommensurabler, ein unvergleichlicher Mann könnte das sein.

Der neue Reichskanzler habe die allergeringste Erfahrung; auf den Posten, die er bisher inne hatte, habe er nicht eingehen können, was er zu leisten vermag. Die Reichsmaschinerie sei unmodern geworden, statt eines Reichskanzlers müssen wir Reichsminister haben. Die "Beischleidenheit" der Reichsregierung im Ausleeren der Läden der Bürger paßt Herrn Harden gar nicht. Das sind überhaupt keine Finanzen, die bloß beratschlagen, wo nehmen wir da und dort ein bisschen weg. Nein, große Einnahmequellen müssen geschaffen werden, ein Bismarck würde seinen Weg gefunden haben.

Dann unterhält Harden seine Zuhörer noch über IHN und die Sozialdemokratie, die mit ihrem Drill dem Militarismus vergleichbar sei. Ebenso wie den deutschen Leutnant kann uns niemand den deutschen Arbeiter nachmachen. Ferner framte Harden seine Ansichten über die englische Gefahr, den Dreiebund, die frechen Italiener usw. aus, und forderte, daß wir keine Demütigung mehr hinnehmen und "wichtigen Entschließungen" nicht mehr aus dem Wege gehen.

Das Publikum, das sein Eintrittsgeld nicht umsonst zahlen will, lauerte begierig auf die Bon mots, die Maximilian Harden sein säuberlich mit ausdrucksvoollen Gesten auszustreuen versuchte. Unbedötzten reicht sich an Unbedötzten. Harden plaudert und sein Publikum verändert seine Zeit, mehr wollte es auch nicht auf dem politischen Unterhaltungssabend, zu dem es geeilt war, um das Rhinoceros zu sehen. Uebrigens ist hinter die Harmlosigkeit Hardens ein großes Fragezeichen zu setzen. Er trägt seine Ansichten nicht vor, wie er glauben machen will, weil er impulsiv dazu gedrängt wird, sondern weil die Konzertagentur Sachs ihn gut dafür bezahlt, die ihrerseits ebenfalls ein gutes Geschäft mit dem Manne zu machen beabsichtigt, der einst journalistischer Ratat Bismarcks gewesen ist. Sachs und Harden kennen eben ihr Publikum.

### Der zentrale städtische Arbeitsnachweis.

Das Gewerkschaftsamt in Leipzig befahlte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Bericht über das Ergebnis der Beratungen über die Möglichkeit der Einführung eines zentralen städtischen Arbeitsnachweises und einer Arbeitslosenversicherung. Genosse Lüttich hatte das einleitende Referat. Er ging ein auf die Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit, die namentlich im vorigen Jahre ein scharfes Einschreiten bedingt habe, und erwähnt den im vorigen Jahre geschaffenen Beschluss des Gewerkschaftsvereins. Der Erfolg im Stadtvorordnetenkollegium sei die Einführung einer gemeinsamen Kommission gewesen, deren erste Sitzung im Februar d. J. stattgefunden und in der der Wert eines zentralen städtischen Arbeitsnachweises nicht verkannt worden sei. Ebenso sei erkannt, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung mit der Schaffung eines neutralen Arbeitsnachweises verbunden sei.

Die zweite Sitzung, die gemeinsam mit der genannten Kommission sowie mit Unternehmern und Arbeitern getagt hat, habe allerdings ein andres Bild gezeigt. Namentlich die Vertreter der Innungen seien für eine Ausgabe ihrer Nachweise zugunsten eines paritätischen Arbeitsnachweises auf keinen Fall zu haben. Dasselbe Schauspiel habe sich auch in den Sitzungen der Innungen selbst gezeigt. Somit sei die Errichtung des angestrebten Ziels in sehr weite Ferne gerückt, woran auch der nunmehr eingeschlagene Weg der Kommission nichts ändere. Hierdurch soll ein Ausbau des jetzt bestehenden Arbeitsnachweises stattfinden, wobei eine Zentralisation der jetzt bestehenden Arbeitsnachweise ins Auge gelegt sei. Es würde ein anderer Austausch der vorhandenen Stellen der Arbeitslosen stattfinden können; auch würde eine solche Zentralisation erweiternd wirken. Zugleich seien aber auch bauliche Umänderungen erwartet worden. Im Weiteren geht Genosse Lüttich auf die jetzige Form des Arbeitsnachweises ein, der, ein Werk von Philanthropen, aus städtischen Mitteln unterstützt werde und daher auch unter städtischem Einfluß stehe. Wenn das Ergebnis einer zehnmonatigen Arbeit auch ein recht ökonomisches sei, so schließe Genosse Lüttich, könne doch eine Beteiligung seitens der Arbeiterschaft empfohlen werden. Allerdings sei es auch nötig, die Behörden anzuspielen, daß sie auf diesem Gebiete weiterarbeiten. Das Gewerkschaftsamt nahm hieran die nachstehende Resolution einstimmig an:

Die im Verein Gewerkschaftsamt vertretenen Delegierten der verschiedenen, rund 50 000 Mitglieder umfassenden gewerkschaftlichen Organisationen Leipzigs drücken Ihr Bedauern darüber aus, daß die Beratungen der aus Mitgliedern des Rates und der Stadtverordneten gebildeten Kommission, die sich mit der Einführung eines zentralen städtischen Arbeitsnachweises und der Möglichkeit einer Arbeitslosenversicherung beschäftigte, ein so geringes Ergebnis gezeigt haben. Insbesondere bedauern sie, daß dadurch den Anträgen des Gewerkschaftsvereins in der Sitzung vom 10. November 1908 in kaum neinwendiger Weise Rechnung getragen worden ist. Die Gewerkschaftsvertreter halten es für unumgänglich notwendig, daß die städtische Kommission noch weiterhin bestehen bleibt zu dem Zwecke, auf den von ihr gemachten, leider so außerordentlich ungünstigen Vorschlägen weiter zu bauen, damit möglichst recht bald nicht allein eine wirklich paritätische und unter städtischer Verwaltung stehende Arbeitsnachweiszentrale, sondern auch eine nicht minder notwendige städtische Arbeitslosenversicherung in der vom Gewerkschaftsamt im November 1908 vorgebrachten Weise errichtet wird. Rat und Stadtverordnete werden daher nochmals ersuchen, ihren ganzen Einfluß nach dieser Richtung hin gestellt zu machen.

Im übrigen erachtet die Versammlung der Gewerkschaftsvertreter Rat und Stadtverordnete, auch schon jetzt alle Maßnahmen zu ergreifen, um im Sinne der Vorschläge des Gewerkschaftsvereins vom November 1908 und im Sinne der in der Stadtverordnetensitzung vom 20. Januar 1909 gestellten Anträge der Arbeitslosigkeit und dem dadurch hervorgerufenen Notlaide rechtzeitig einzugehen zu wirken.

Die Unterstützung der in Leipzig zu Weihnachten durchreisenden Gewerkschaftsmitglieder betreffend, wird beschlossen, den im Vorjahr geübten Modus beizubehalten. Mit der Ausführung wird der Kartellausschuss beauftragt.

Die Stadtverordneten halten am Mittwoch, den 8. Dezember, eine Sitzung ab. Aus dem Haushaltplan für 1910 kommen zur Beratung: Konto 6 (Schulen), Konto 8 (Schleusen und Reinigung der Schleusenwasser), Konto 33 (Friedhöfe im Eigentum der Stadt) und Konto 38 (Fußwegregelungen und Straßeneubefestigungen). Außerdem sicher auf der Tagesordnung: Gebührentarif und Ausführungsbestimmungen zur Ordnung für die Feuerbestattungsanstalt, Nachtrag zum Ortsgesetz über die Bebauung von Leipzig-Alstadt u. a.

Für die Straßeneinigung in den einzuverlebenden Vororten Stötteritz, Mödern, Stünz, Probstheida, Döhlitz und Dösen war in den Haushaltplan für 1910 die Summe von 27 040.80 M. eingesetzt worden. Dabei wollte man aber den Anstrengern der Straßen die Verpflichtung aufzuerlegen, für die Reinhalterung der öffentlichen Verkehrsräume selbst Sorge zu tragen. Bei den Verhandlungen wurde jedoch von verschiedenen Gemeinden auf ihre Ausdehnung der städtischen Straßeneinigung auf ihre Gebiete Gewicht gelegt. Da eine verschiedenartige Behandlung einzelner Vororte nicht angängig ist, hat der Rat die Ausdehnung des jetzt in der Stadt geltenden Systems auf alle Vororte beschlossen. Die dadurch entstehenden Betriebskosten belaufen sich auf 59 734.00 M. Da im Haushaltplan nur 27 040.80 M. eingesetzt sind, muß diese Position um 32 693.26 M. erhöht werden. Ferner wird an die Stadtverordneten der Antrag gerichtet, zur Beschaffung der für die Reinigungsarbeiten nötigen Geräte 96 057.85 M. zu bewilligen.

Die Entschädigung der Tabakarbeiter. Über die Unterstützung geschädigter Arbeiter nach der Aenderung des Tabaksteuergesetzes hat der Bundesrat eingehende Ausführungsbestimmungen beschlossen. Hausgewerbetreibende und Arbeiter des Tabakgewerbes, die Anspruch auf Unterstützung erheben, haben ihre Gesuche bei dem zuständigen Hauptamt schriftlich oder zu Protokoll einzurichten. Die Einzelheiten dieses Gesuchs werden genau vorgeschrieben. Die Angaben in dem Unterstützungsgebot sind durch Bescheinigungen der Arbeitgeber, Ortsbehörden usw. zu belegen. Als Arbeiter des Tabakgewerbes gelten auch Werkmeister und die Arbeiter, die in einem der Bearbeitung oder Verarbeitung von Tabak gewidmeten Betrieb, wie Kistenmachen, Kistenleben oder mit ähnlichen, mit der Tabaverarbeitung oder mit der versandfähigen Herrichtung der Erzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden für den Betrieb erforderlichen Hilfsarbeiten beschäftigt gewesen sind. Hilfspersonen

müssen in den Gesuchen namentlich aufgeführt werden. Die Hauptämter sind berechtigt, Unterstützungsanträge von nicht zur Familie des Hausgewerbetreibenden gehörenden Hilfspersonen unmittelbar anzunehmen und zu erledigen. Die Verdienstlosigkeit oder Verdienstschädigung muß in der Zeit vom 15. August 1909 bis zum 14. August 1910 eingetreten sein. Der Gesuchsteller muß mehr als 300 Arbeitstage im Tabakgewerbe beschäftigt gewesen sein.

Die Friserraume in Bahnhöfen konnten bisher — da sie den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe nicht unterstehen — auch während der Stunden offen bleiben, an denen die übrigen Frisiergeschäfte geschlossen blieben müssten. Diese Bevorzugung machte sich besonders an den Orten fühlbar die in der Nähe von Bahnhöfen etablierten Friseure unangenehm bemerkbar, wo der Geschäftsschlund an den zweiten Freitagen — auf Grund § 41 b der Gewerbeordnung — eingeschränkt ist, da dann das einheimische Publikum die Bahnhofsfrieseräume so stark frequentierte, daß diese fremde Hilfskräfte gebraucht wurden, um den Andrang bewältigen zu können. Die Schiffer in den Bahnhofsgeschäften muhten natürlich auf ihre Freizeit verzichten. Verschiedentlich wurden deshalb von den Innungen Projekte angestellt, die jedoch in der Praxis resultlos verließen. In Ansicht auf die ankommenden Reisenden ist es notwendig, daß die meiste mit den Wasch- und Duschräumlichkeiten der Bahnhöfe unmittelbar verbundenen Frisierräume auch an Sonn- und Feiertagen bis zum Abend geöffnet sind. Schwierig aber ist die Frage, wie das einheimische Publikum während der Sonntagsruhe von den Frisierräumen der Bahnhöfe ferngehalten werden kann. Auf eine Eingabe des bayrischen Landesverbands der Friseure hat das bayrische Verkehrsministerium die Eisenbahndirektionen München und Nürnberg angewiesen, die Inhaber der ihnen unterstehenden Frisierbetriebe vertraglich zu verpflichten, die Sonntagsruhebestimmungen verschwinden keine zu halten. Nunmehr sind auf Grund einer Eingabe des Barbierinnungsbundes die preußischen Eisenbahndirektionen angewiesen worden, daß sie auf den Bahnhöfen befindlichen Barbier- und Frisiergeschäfte — soweit sie außerhalb der Bahnhofsgrenze liegen oder nicht durch besondere Einrichtungen für die Sorge getroffen ist, daß sie von Nichtreisenden nicht benutzt werden — zu den Seiten geschlossen gehalten werden, zu denen nach der Gewerbeordnung die übrigen Barbier- und Frisiergeschäfte geschlossen sein müssen. Eine Ausdehnung dieser Norm auf die innerhalb der Bahnhofsgrenze liegenden derartigen Geschäfte kann im Interesse des reisenden Publikums nicht für angängig erachtet werden. — Da die meisten Betriebe außerhalb der Sperre liegen und schwerlich innerhalb derselben untergebracht werden können, müssen also Einrichtungen getroffen werden, um Nichtreisende fernzuhalten. Der Streit ist dann auf die Frage beschränkt, ob die getroffenen Einrichtungen ihren Zweck erfüllen, und wer Reisender und wer Nichtreisender ist.

**Krankheiten in Stadt und Land.** Erkrankungen werden aus deutschen Stadt- und Landbezirken in der Zeit vom 14. bis 20. November folgende gemeldet: Diphtherie und Grippe Landespolizeibezirk Berlin 228, Regierungsbezirk Merseburg 223, Stadt Berlin 170, Regierungsbezirk Potsdam 90, Regierungsbezirk Düsseldorf 88, Hamburg und Breslau je 82, Magdeburg 71, Regierungsbezirk Schleswig 68, Arnswberg 60, Kassel 60, Oppeln 59, Blegny 55, Frankfurt a. O. 52; Scharlock aus dem Landespolizeibezirk Berlin 213, Regierungsbezirk Oppeln 101, Stadt Berlin 127, Regierungsbezirk Arnswberg 125, Düsseldorf 112, Merseburg 90, Breslau 74, Potsdam 69, Köln 65, Hamburg 63, Bielefeld 58, Kassel 50, Düsseldorf 49, Frankfurt a. O. und Stadt Arnswberg je 41; Typhus aus dem Regierungsbezirk Stadt Bremen 20, Oppeln und Arnswberg je 22, Breslau 20, Düsseldorf 18, Regierungsbezirk Marienwerder und Stettin je 12, Lübeck und Allenstein je 11; Kindbettfieber Regierungsbezirk Breslau und Marienwerder je 7, Oppeln 6, Posen und Schleswig je 5, Landespolizeibezirk Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a. O., Blegny, Magdeburg und Stadt Hamburg je 4.

**Konsumverein L.-Plagwitz.** Im Monat November 1909 ergaben sämtliche Verkaufsstellen einen Erlös von 1.657.400.03 Mark; der gleiche Monat im Vorjahr ergab 1.448.850.47 M. Das ist in diesem Jahre ein Mehr von 200.050 M. An dem Mehrerlös partizipieren die Verkaufsstellen der ehemaligen Genossenschaft L.-Gutkisch mit 187.905 M., während in den Verkaufsstellen des alten Breitteilungsbezirks ein Mehr von 71.444 M. erzielt wurde.

**Vorträge über das Gas und seine Ausnutzung in Althe und Hanßholt lädt die Verwaltung der Gasanstalten am Mittwoch, den 8. Dezember, nachmittags 8½ Uhr und abends 8 Uhr, im Krystallpalast halten. Vortragende ist Dr. Josephina Wirth aus Dessau.**

**Gaunerelen.** In der Nähe des Leihhauses treibt immer noch eine Frauensperson ihr Unwesen, die darauf ausgeht, Kinder, die vom Leihhaus kommen, Geld und Pfandscheine abzunehmen. Gewöhnlich schickt sie die Kinder mit einem Bettel in ein Haus und beantragt sie, einen größeren Geldbetrag abzuholen. Insgesamt lockt die Diebin einen Knaben mit nach der Schulestraße. Da der Knabe die beiden Patete mit Wäsche, die er bei sich hatte, nicht hergab, entzieht sie ihm diese und entlädt damit auch. Die Diebin wird beschrieben: etwa 24 bis 26 Jahre alt, mit schwarzem Rock, schwarzer Jacke und schwarzem Hut mit gelben und dunklen Rosen.

**Messerstecherei.** Gelegentlich einer größeren Schlägerei, die sich in einem Lokal der Südstadt entspannt, sind mehrere Personen durch Messerstiche verletzt worden. Wegen des drohenden Verbauchs, daß Messer geführt zu haben, wurde ein 21 Jahre alter Arbeiter verhaftet.

**Tot aufgefunden wurde vorgestern mittag die 72 Jahre alte Witwe Friedrich in ihrer im Grundstück Hanßholtstraße 8 gelegenen Wohnung. Die Grelin war seit vier Tagen nicht mehr gesehen worden, weshalb man die Wohnung geöffnet hat. Ein Herzschlag ist die Todesursache gewesen.**

**Verhaftungen.** Wegen verübter Mietgeldschwindel wurde eine schon mehrfach bestraft 21 Jahre alte Arbeiterin festgenommen.

Ein 19jähriger Handlungsgeselle mußte wegen Diebstahl zur Verantwortung gezogen werden. Er hat sich in seiner Wohnung in einem Geschäft in L.-Volkmarßdorf nach und nach der Entwendung von Waren im Werte von 700 M. schuldig gemacht, die er einem Maschinisten und einer Arbeiterin zugesetzt hat. Diese werden sich wegen Hehlerei verantworten müssen. Es steht sich heraus, daß der Handlungsgeselle auch in dem Geschäft, wo er früher tätig gewesen ist, mehrere Anzüge gekauft hat.

Während der Mittagszeit stieg ein 21jähriger Arbeiter in ein Kontor in der Hanßholtstraße ein und entwendete daraus einen Geldbetrag. Der Dieb wurde hierbei überrascht und festgenommen.

Ein 19jähriger Arbeiter stellte sich freiwillig der Polizei, nachdem er in einem Orte in der Nähe Leipzig einen ihm anvertrauten Geldbetrag gestohlen hatte.

**Diebstähle.** Gestohlen wurde aus einer Wohnung in der Burzner Straße ein Portemonnaie mit über 120 Mark, darunter ein Hundertmarksschein. Ferner entwendeten Diebe aus den Ladungen von Mölgchirren auf der Straße drei Ballen, enthaltend Baumwollwaren, rot- und rosagefleckten Drillichstoff und grünwollene Tücher, im Werte von 300 Mark, aus einem Grundstück der Eisenacher Straße mittels Einbruchs eine größere Anzahl Flaschen Wein und aus einem Kasten am Königsplatz einen wertvollen Spazierstock aus Ebenholz mit Silbergriff, letzterer mit Widmung.

## Hus der Partei.

**Der Vorwärts als Arbeitgeber.** Unter dieser Überschrift bringt die Reichsverbandspresse einen völlig erlogenem Bericht über eine Gerichtsverhandlung in Charlottenburg. Darauf soll der Vorwärtsverlag gegen eine Austrägerin des Vorwärts Strafanzeige wegen Unterschlagung erstattet haben, obwohl er gewuft habe, daß die Frau in Not gewesen sei, zumal ihr Verdienst am Vorwärts nur 30 Mk. im Monat betrugen habe. Der als Zeuge geladen Vertreter des Vorwärtsverlags habe die Richtigkeit dieser Angaben bestätigt.

Alle diese Behauptungen sind erlogen. Der Vorwärtsverlag hat überhaupt keine Klage angekündigt. Ein Vertreter des Vorwärtsverlags war nicht als Zeuge geladen, konnte also die Angaben auch nicht bestätigen, zumal die Frau überhaupt nicht am Vorwärts beschäftigt war.

Die ganze Geschichte gegen den Vorwärtsverlag ist erfunden.

gt. Die Frankfurter Tagepost in Nürnberg hat während des erbitterten Kampfes in der Wollfischen Zelluloidfabrik die Streikbrecher wiederholt scharr charakterisiert. Eines dieser unlystlichen Elemente mit dem schönen Namen Priester fühlte sich dadurch geärgert. Er stellte gegen den verantwortlichen Betriebsleiter der Tagepost, Genossen Erwin Barth, Beleidigungsklage, die jetzt vor dem Schöffengericht Nürnberg verhandelt wurde. Genosse Barth wurde zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt, aber während der Verhandlung und auch in der Urteilsbekanntmachung mache der Richter kein Hehl daraus, daß er die Verleugnung der einfachen Solidaritätsgefege, die bei diesem Streik besonders schwerwiegend war, als eine unanständige Handlungswise betrachte. Der Beklagte sei aber in der Form zu weit gegangen, da er die verächtliche Handlungswise der Streikbrecher auch in anderer Form hätte kennzeichnen können. Das Verhalten des Klägers in der Verhandlung läßt darauf schließen, daß er nur als Sturmbock vorgeschoben wurde, und daß nunmehr, nachdem er eine Verurteilung erzielt hat, auch die übrigen Streikbrecher, 45 an der Zahl, Beleidigungsklage stellen werden. Der Nürnberger Schöffengerichtssaal wird also demnächst das Schauspiel eines Streikbrecherrappells bieten.

**Gemeinderatswahlen in Württemberg.** Im Monat Dezember finden in allen württembergischen Gemeinden die Gemeinderatswahlen statt, und zwar in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern nach dem Proportionalwahlrecht, in den kleineren Gemeinden nach dem einfachen Ustenswahlsystem. Man darf auch in diesem Jahre wieder auf eine statthafte Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate rechnen, da die am 1. und 2. Dezember bereits stattgefundenen Wahlen einen befriedigenden Verlauf nahmen. — In Schelklingen erhielten unter Kandidaten 10 844, die bürgerlichen Kandidaten 10 106 Stimmen. Da jeder Wähler 6 Stimmen abgeben hatte, so standen 1807 sozialdemokratische Wähler 1084 bürgerlichen Wählern gegenüber. Die Verteilung der Mandate ergab 3 Sitze für die Sozialdemokratie und 2 für die bürgerlichen Parteien. Hätten die Sozialdemokraten noch 6 Wähler mehr aufgebracht, so wäre ihnen noch ein vierter Mandat zugeschlagen. — In Obereschingen wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit 191 und 159 Stimmen gewählt, während auf die Gegner nur 115 und 104 Stimmen entfielen. — In Kirchheim u. T. hatten sich die politischen Parteien auf einen gemeinsamen Wahlkarte geeinigt, dem der Titel einer sogenannten „freien Bürgervereinigung“ gegenüberstand. Der Wahlgang der politischen Parteien ging glatt durch. Somit wurden 3 Volkskämpfer, 2 Nationalliberale und 1 Sozialdemokrat gewählt. — In Ludwigshafen, dem schwäbischen Potsdam, wurden 5 bürgerliche Vertreter und 1 Sozialdemokrat gewählt. — In Böblingen hatten Volkskämpfer und Sozialdemokratie ein Kompromiß geschlossen, das glatt siegte. Insgegenüber wurden 3 Volkskämpfer und 2 Sozialdemokraten gewählt. — In Ohlsdorf wurden 2 bürgerliche Vertreter und 1 Sozialdemokrat gewählt. — Die meisten dieser Wahlen vollzogen sich unter sehr starker Wahlbeteiligung und lebhafte Wahlagitierung.

**Gemeinderätenwahlen.** Die Stadtverordnetenwahlen in Flensburg brachten einen schönen Achtungserfolg. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen seit dem Vorjahr von 708 auf 1254. Die vereinigten Bürgerlichen brachten es auf 1020 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 41 Prozent. Das Wahlrecht ist für die Arbeiter äußerst ungünstig. Wer nicht zu einem Einkommen von über 1200 Mark veranlagt ist, kann nicht wählen. Die Schleswig-Holsteinische Städteordnung läßt einen Wahlzensus von 900 bis 1500 Mark zu. Für Flensburg aber war er von Anfang an auf 1200 Mark durch Ortsstatut festgelegt. Es wurden zum erstenmal Wähler durch Karte benachrichtigt, daß sie in der Wählerliste stehen und an welchem Tage die Wahl stattfindet. Den Arbeitern aber, die seit dem 10. Oktober 1908 verzogen waren, wurden diese Karte nicht in die neue Wohnung gebracht. Zugleich war beweist, daß öffentliche Stimmenabgabe zu umgehen. Viele der bürgerlichen Wähler legten deshalb nur ihre Karte dem Wahlvorstand vor und nannten die Namen der Kandidaten. Auf den Protest unserer Genossen unterblieb dann aber diese Art „geheime“ Wahl. Alle Machinationen haben aber das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen nicht zu verhindern vermocht.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Nordenthal (Großherzogtum Oldenburg) wurden vier Sozialdemokraten gewählt. Dieser hatten wie nur ein Mandat, jetzt fünf. Die Wahlbeteiligung war sehr stark.

In Meldorf (Kreis Steinheim-Lenney-Melle) ist bei der Stadtverordnetenwahl für die 2. Abteilung der Kandidat der Sozialdemokratie mit 90 Stimmen Mehrheit gewählt worden, während der Kandidat der christlichen Arbeiterorganisation unterlag. Es ist das extremal, daß ein Sozialdemokrat in das dortige Stadtparlament einzicht.

**Demonstrationen.** Nach einer für gestern vom sozialdemokratischen Verein in Offenbach einberufenen und von etwa 1500 Personen besuchten Versammlung, in welcher gegen die reaktionären Bestimmungen des hessischen Wahlrechtsgesetzes protestiert wurde, erfolgte ein Demonstrationsumzug, dessen Marschroute durch das Landratsamtgebäude und die Wohnung des Abgeordneten Breitau führt. — Als Protest gegen die reaktionären Bestimmungen des hessischen Wahlrechtsgesetzes veranstalteten die Genossen in Mainz einen Demonstrationsumzug durch die Stadt.

**Zur ungarischen Parteidiktat.** Unser Artikel vom 23. November über die ungarische Parteidiktat hat in den beteiligten Kreisen wie eine Bombe gewirkt. Die Gewerkschaftspresse drückte ihn sofort zustimmend nach, und in dieser Situation sah sich nun auch die von uns gekennzeichnete kleine aber maßgebende Clique in der Partei gezwungen, den Artikel ihren Besen mitzuteilen. Sie drückte ihn drei Tage später, nachdem die Gewerkschaftspresse ihn übernommen hatte, ab, ohne imstande zu sein, auch nur ein einziges Wort unserer Ausführungen erzittern oder widerlegen zu können. In ihrer tödlichen Verlegenheit erklärt sie kurzerhand den ganzen Artikel für „Verleumdung“, was wir mit gebührender Heiterkeit

quittieren. Wir wollen aber ein übriges tun und ausdrücklich aussprechen, daß wir alle unsere Behauptungen aufrecht erhalten, wir fordern die Republik und das deutsche Parteiblatt, die Volksstimme, hiermit ausdrücklich auf, uns genau zu sagen, wo unsere „Verleumdungen“ stecken. Sie werden es nicht tun können, weil das Schuldbewußtsein ihre Stimme erschreckt wird. Wenn aber doch, nun gut, dann können wir deutlicher werden und das nicht zum Vorteil der Freunde des Herrn Richard Schwarz usw. sein wird, dafür hat man wohl auch in Budapest eine ganz bestimmte Empfindung.

Ein neues Tageblatt haben unsere französischen Genossen in Marceille unter dem Titel *La Vérité* (Die Wahrheit) ins Leben gerufen. Es ist die fünfte tägliche Zeitung. Die anderen sind: *Le Droit du Peuple* (Das Recht des Volkes) in Grenoble, *Le Populaire du Centre* (Der Volksfreund aus Mittelfrankreich) in Limoges, *Le Midi Socialiste* (Der sozialistische Süden) in Toulouse und *L'Humanité* (Die Menschheit) in Paris.

### Eingelaufene Schriften.

Vom Wuhren Jacob ist soeben die 25. Nummer des 26. Jahrgangs 18 Seiten stark erschienen.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 5 des 20. Jahrgangs zugegangen.

## Hus der Jugendbewegung.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat drei Flugblätter herausgegeben: „Vater und Mutter!“, „An die Arbeiter-Eltern!“ und „An die Eltern der Arbeiterjugend!“. Die Blätter sollen das Verständnis für die Jugendbewegung fördern. Die Arbeiter-Eltern sollen auf die Bedeutung der Veranstaltungen der Jugendausschüsse und Jugendorganisationen hingewiesen und veranlaßt werden, ihre Söhne und Töchter zum Lesen der Arbeiterjugend anzuregen. Gleichzeitig hat die Zentralstelle einen kleinen Leitsatz für die Leiter der Jugendausschüsse ergeben, betitelt: „Künsterlich gesetzte Veranaltungen für die arbeitende Jugend.“ Das Heftchen enthält neben allgemeinen Ratschlägen und Quellenangaben einige Musterprogramme für Dichter- und Komponistenabende, Schulenlassungen- und Weihnachtsfeiern u. a. m.

## Soziale Rundschau.

Die Gewerbegelehrtswahl in Oberhausen bei Augsburg, die am Donnerstag stattfand, brachte einen erfreulichen Erfolg für die freien Gewerkschaften. Auf die Liste der Gewerbegelehrtschaften entfielen 388 Stimmen, auf die christliche 145 und auf die dirsch-Dunderliche 48. Während die Liste der freien Gewerkschaften 197 Stimmen gewann, haben die Christlichen 30 Stimmen, die dirsch-Dunderlichen 28 Stimmen weniger erhalten als bei der Wahl vor drei Jahren. Die freien Gewerkschaften erhalten drei Sitze, die Christlichen und dirsch-Dunderlichen je einen Sitz. Auch unter den gewählten Unternehmen befindet sich ein vom Gewerbegelehrtskantore ausgestellter Kandidat.

**Nelson und Verbrechen.** Im Staate Victoria (Australien) wurden von je 1000 Einwohnern im Jahre 1906 verhaftet: 27,28 geborene Engländer, 32,84 geborene Schottländer, 45,21 geborene Irlander und 14,20 Eingeborene. Die ersten drei Gruppen haben in der Heimat obligatorischen Religionsunterricht in der Schule genossen, die Eingeborenen jedoch nicht!

## Kongress der American Federation of Labour.

Die immer wieder auftauchenden Grenzstreitigkeiten geben dem Kongress an den letzten Tagen wiederholt Gelegenheit, in unzweideutiger Weise auf die Notwendigkeit größerer Konzentration der vielen Gewerkschaften der gleichen Art hinzuweisen. Für einige Gewerkschaften, so in der Belleidungsbranche, der Maschinen- und Elevator-Kontrukteure usw., sind schon die Verschmelzungsbedingungen während des Kongresses festgelegt worden. Die Kommission, die sich mit den verschiedenen Berichten des Präsidenten usw. beschäftigen, betonen besonders, daß es notwendig sei, ihr energische Förderung der Sozialgesetzegebung durch Beeinflussung der Abgeordneten aller Richtungen und für die Unterstützung der Arbeiterpresse zu gewinnen. Dem Centralvorstand wurde anheimgegeben, in geeigneter Weise ein Central-Pressbüro für die gesamte Arbeitspresse zu errichten.

In dem Gutachten der Kommission über Gomperts Europareise heißt es, daß diese zweitlos sowohl der amerikanischen wie auch der europäischen Arbeiterbewegung wertvolle Einblicke verschafft habe. Der Beitritt zum Internationalen Sekretariat wird dringend empfohlen und unter großem Beifall beschlossen. Hierzu hatte auch ein besonderer Antrag vom Verbande der Straßenbahner vorgelegen. Einstimmig wurde darauf beschlossen, den drei Verurteilten, Gompert, Morrison und Mitchell, wenn diese ihre Haftstrafe absühnen müssen, den vollen Gehalt des Präsidenten, der 20 000 Mark jährlich beträgt, als Anerkennung zu zahlen. Eine weitere angenommene Resolution begrüßt die Friedensbewegung und protestiert gegen den Krieg, der die Menschen zwinge, sich gegenseitig zu morden, und in dem viele ihr Leben den Leidenschaften einzelner zum Opfer bringen müssen. Es müsse dahin getrachtet werden, die Ausgaben für Kriegszwecke mehr einzusparen und dafür die Nationalschulden abzutragen.

Bon den Bergarbeitern war eine Resolution, die sich für die Bergesellschaftsleitung der Produktions- und Distributionsmittel erklärt, und die vom vorjährigen Bergarbeiterlongtrek angenommen wurde, eingefordert worden. Die Vertreter der Bergarbeiter erklären hierzu, daß sie eine Diskussion der sozialistischen Grundsätze ihres Antrages für sehr notwendig und unlystlich halten würden, es jedoch in Rücksicht auf die Krise, der die gesamte Arbeiterbewegung Amerikas entgegengesetzt, für richtig halten, den Antrag anzuerkennen, damit die völlige Einmütigkeit des Kongresses in keiner Weise durch etwaige Meinungsverschiedenheiten gestört werde. Diese Erklärung wird mit grossem Beifall aufgenommen.

Auch der Antrag auf Verschärfung der Gesetze, die die gelben Massen von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten abhalten sollen, fand Annahme; ferner eine Reihe der üblichen Glückwunschlösungen, in denen auch des Umstandes Erwähnung getan wird, daß „in Kanada größere Presse- und Freiheit herrscht wie in den Vereinigten Staaten“. Den englischen Delegierten und ihren Frauen überreichte man in der üblichen Weise wertvolle Geschenke. Am zwölften Verhandlungstage erfolgte nur die Wahl der Funktionäre. Da die Sozialisten, wie schon berichtet, ihre Kandidatur ausdrücklich abgelehnt hatten, wurde Gomperts als Präsident, Morrison als Sekretär, Venon als Hauptkassierer, sowie die üblichen acht Beisitzer, darunter Mitchell, einstimmig gewählt. Als Delegierte zum nächsten englischen Gewerkschaftskongress werden W. Wilson (Bergarbeiter) und T. O'Connor (Werktagsarbeiter) gewählt. Der nächste Kongress wird in St. Louis 1910 stattfinden. Hierauf wurde der Kongress geschlossen.

## Von Nah und Fern.

### Die Bereten.

Berlin, 6. Dezember. Durch Zufall ist man großen Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen, die seit vielen Jahren zum Schaden einer Berliner Kirchengemeinde verübt wurden. Ein Kommerzienrat wandte dieser mit, daß er seine Steuer noch nicht bezahlt habe. Dabei stellte es sich heraus, daß der Name desselben überhaupt nicht in den Kassenbüchern stand. Man schöpfte Verdacht und stellte fest, daß noch andre Personen nicht eingetragen waren. Die vorläufige Untersuchung ergab, daß mehr als 40 000 Mk. unterschlagen worden sind. Es soll bereits eine Verhaftung erfolgt sein.

Eben, 6. Dezember. Zu der Diebstahlsaffäre bei den Möllerschächten in Gladbeck wird noch gemeldet, daß jetzt auch ein Beiter des Schichtmeisters Neuh in Hagen verhaftet wurde, bei dem ein Sparkassenbuch über mehrere tausend Mark gefunden wurde, deren reichen Erwerb er nicht nachweisen konnte. Im ganzen sind jetzt über 280 000 Mk. gefunden worden.

### Ein Verbrechen?

Berlin, 5. Dezember. Heute vormittag wurde in der Spree bei der städtischen Gasanstalt in der Nähe der Breslauer Straße der unbekleidete obere Teil des Körpers einer weiblichen Person, der ursprünglich in Papier verhüllt gewesen war, von Schiffen bemerkt und an Land gezogen. Unterleib und Kopf, sowie sämtliche Gliedmaßen fehlen und sind anscheinend mit einem scharfen Instrument abgetrennt worden. Das Polizeipräsidium hat für die Aufklärung der näheren Umstände 3000 Mk. Belohnung ausgesetzt in einer Bekanntmachung, in der es heißt: „Anscheinend liegt ein Verbrechen vor, doch ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um Beseitigung einer Leiche handelt, die eines natürlichen Todes gestorben ist.“

### Pest.

Rotterdam, 4. Dezember. Es steht jetzt fest, daß die verdächtigen Krankheitsfälle an Bord der englischen Bark Lodore auf Pest zurückzuführen sind.

### Stürme

Paris, 4. Dezember. Heftige Stürme haben in ganz Frankreich erheblichen Schaden verursacht. An der Küste sind mehrere Boote gesunken. Die Mannschaften konnten sich jedoch retten. Die telegraphischen und telefonischen Verbindungen mit dem Auslande, insbesondere mit dem Norden, erleiden mannsfache Störungen.

Lorient, 3. Dezember. An der Küste von Morbihan herrscht heftiger Sturm; die beiden Leuchttürme von Croix sind zum Teil zerstört; mehrere Boote sind untergegangen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 6. Dezember. Der Gekrat will wissen, daß das Kriegsministerium auf Grund der seit mehreren Monaten mit verschiedenen Flugmaschinen unternommenen Versuche zu folgender Schlussfolgerung gelangt sei: Die Aeroplane können nun mehr als Angriffswaffe angesehen werden und gestalten, Geschosse zu schleudern. Sie werden in künftigen Kriegen die Rolle der Säulenkanonen mitspielen und die feindlichen Reihen mit Tod und panischem Schrecken bedrohen. — Das Blatt will ferner wissen, daß der Kriegsminister die in der Kammer und im Senat an ihn gerichteten Anfragen in diesem Sinne beantwortet werde.

London, 6. Dezember. Wie die Daily News meldet, entrichten fast alle Kaufleute, die am Sonnabend Tabak aus dem Zollamt abholten, nur die im stärkeren Budget vorgesehenen Zölle. Ungeheure Mengen von Rum wurden auf ähnliche Weise ausgeliefert. Die Kaufleute schulen sich an, große Quantitäten von Tee einzubringen, ohne irgend welchen Zoll zu zahlen.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend, den 4. Dezember 1909.

(Mitgeteilt von Gebr. Glash.)

Weizen per 1000 kg netto ruhig	inländischer Argentinier Russischer Australischer	207—218 bez. Br. 241—248 bez. Br. 280—248 bez. Br.
Moggen per 1000 kg netto ruhig	inländischer	157—162 bez. Br. feucht unter Bröd
	Preußischer Posener ausländischer, russischer	180—184 bez. Br. —
	Mahl- u. Butterw.	186—192 Br.
Gerste per 1000 kg netto ruhig	Braugerste, hiesige Saale-Gerste	170—180 bez. Br. feinste über Bröd 174—184 bez. Br. feinste über Bröd 188—195 bez. Br.
Hafser per 1000 kg netto ruhig	inländischer ausländischer	188—170 bez. Br. —
Mais per 1000 kg netto ruhig	amerikanischer Cinquantin	160—165 bez. Br. 180—185 bez. Br.
Delsaat per 1000 kg netto	Raps	—
Rapskuchen p. 100kg netto Rüb., röh., p. 100kg netto freihaus hier ohne Fas williger	flüssiges gesetzores	18.75—14.25 bz. Br. 54.75 nominal
Malz per 100 kg netto fekunda	Auferamtlich: bestes ab Fabrik fekunda	32.00—34.00 29.00—30.00
Widen per 1000 kg netto loco	"	210—220
Erbosen per 1000 kg netto do. kleine	loco große	280—290
	do. Futter	220—230
Bohnen per 1000 kg netto loco	loco	280—290
Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qualität	180	

## Literarische Rundschau

Dr. Paul Rohrbach, Deutsche Kolonialwirtschaft. Kulturpolitische Grundsätze für die Rassen- und Missionsfragen. Berlin 1909. Buchverlag Hölse. 108 Seiten. Preis 2.50 M.

Paul Rohrbach, vielleicht der am besten orientierte kolonial- und weltpolitische Schriftsteller Deutschlands, der Verfasser der tüchtigen Monographie über Deutsch-Südwestafrika, der vielgereiste kolonialpolitische Praktiker, hat ein programmatisches Buch geschrieben, das der deutschen Kolonialpolitik sichere Wege weisen soll. Es verdient das Interesse eines jeden Sozialdemokraten als eine bürgerliche Auseinandersetzung über den Charakter der kapitalistischen Kolonialpolitik, die nichts an Offenheit zu wünschen läßt. Sie ist speziell jenen Sozialdemokraten zu empfehlen, die glauben, die kapitalistische Kolonialpolitik veredeln zu können! Man kann ihnen dieses Buch eben darum empfehlen, weil Rohrbach kein Konquistadore à la Peters ist und trotzdem klipp und klar als das Wesen der Kolonialpolitik Ausbeutung und Unterdrückung proklamiert. Dazu kommt, daß Rohrbach ein Nationalsozialist ist — diese Partei ist doch das fortschrittlichste, was dem Boden des deutschen Bürgertums entprossen ist — und doch stellt sich bei seinem Kolonialprogramm heraus, daß — um die Worte Kautsky zu gebrauchen — was als Zivilisierung Afrikas beginnt, als Verwildern Europas endet.

Dieser Charakter der Kolonialpolitik tritt schon in Rohrbachs Bestimmung ihres Ziels zutage:

Das Ziel jeder praktischen Kolonisationsarbeit bildet die wirtschaftliche Ausbeutung der in Besitz genommenen Gebiete zugunsten der besitzenden Nation. Die beiden Grundfragen der Kolonialwirtschaft in diesem Sinne sind die der Bodennutzung auf der einen, der Eingeborenen — nun auf der andern Seite. Wenn daher unter anderem die Aufgabe dieser Kolonisation auch dahin erklärt wird, sie sollen allgemeine Kulturstufen des Landes heben, die Einwohneren zivilisieren, sie sittlich entwickeln usw., so kann der gleichen immer nur unter der Voraussetzung verstanden werden, daß damit jenem obengenannten eigentlich und hauptzweck gedient wird.

Was diese begrenzte kulturelle Hebung der Eingeborenen zu bedeuten hat, das zeigen kräftig seine weiteren Ausführungen über die Missionsfragen. Rohrbach befähigt die Verbreitung der deutschen Sprache unter den Negern, er nennt es ein schreckliches Unheil, wenn Eingeborene, namentlich die begabteren Mischlinge, es wirklich in einer europäischen Kultursprache so weit bringen, daß sie einem etwas gehobenen Unterricht halbwegs folgen, europäische Bücher und Zeitungen lesen können, er bedauert es, wenn Missionare den Eingeborenen helfen, ihre Sprache zu einer Literatursprache zu entwickeln. Damit hilft der Neger einmal auf den Gedanken, kommt er, sei auch ein Mensch, wendet sich Rohrbach gegen die evangelische Propaganda und fordert die Missionare auf, den Negern nur „Disziplin, Autorität und Subordination“ zu predigen. Um diese koloniale Dreieinigkeit als Religion in die Herzen der Negere einzubringen, müssen die evangelischen Missionare aus dem lutherischen Christentum ein spezielles Christentum zum Haushgebrauch für die Kolonien fabrizieren.

Gelöst kann (diese Aufgabe) ... nur werden, wenn man auf das evangelisch-freiherrliche Entwicklungsideal verzichtet und das autoritäre an seine Stelle setzt. Eben der Begriff der geistigen und sittlichen Freiheit ist es ja, den wir in weitgehender Weise ausschalten müssen, sowohl wenn wir den gegenwärtigen Stand als auch wenn wir das absehbare Entwicklungsziel des Negers uns verdeutlichen wollen.

Die Miserehen, durch die die Neger, denen Rohrbach eine selbständige sittliche Entwicklungsmöglichkeit abspricht, nach seiner Meinung zu selbst hoher kultureller Stufe sich entwickeln können, sind ihm auch ein Greuel.

Dies alles genügt, um zu beweisen, daß für ihn selbst die durch den Hauptzweck der Kolonialpolitik begrenzte kulturelle Hebung des Negers eine Phrase ist; und das ist selbstverständlich: wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß der Neger nur ein Objekt der Kolonialpolitik ist, daß er nur als ein Mittel zur Bereicherung der Kapitalisten dienen soll, so kann seine kulturelle Hebung nur eine Phrase sein. Er soll Sklave bleiben, und ihn sittlich und intellektuell zu heben, würde nur den Ast abrügen, auf dem die kapitalistischen Kolonialpolitiker sitzen.

Und jetzt die Methoden, durch die Rohrbach dies so gekennzeichnete Ziel der Kolonialpolitik erreichen will. Verschiedene Wege führen zu ihm, die man je nach den Verhältnissen einschlagen muß, wobei keine moralisierende Selbsttäuschung oder schwankende Sentimentalität gelten darf. Sie sind anders in Deutsch-Südwestafrika, anders in den tropischen Kolonien.

Wir sind jetzt in Südwestafrika durch die allerdings mit ganz unverhältnismäßigen Kosten niedergeschlagenen Eingeborenaufstände an das Ziel gelangt, das uns vom Anfang an bei unseren Eingeborenen- und Bodenpolitik in dieser Kolonie hätte vorschweben sollen: Entzessnung der Hereros und Hottentotten, Freimachung ihres ganzen Stammegebietes für die weiße Besiedlung, Auflösung aller Stammesorganisationen und Verwandlung der Eingeborenen aus Angehörigen jener einstigen getrennten Nationen und Stämme in eine einzige, möglichst gleichartige, dienende Klasse. Jede Abweichung von diesem Ziel kann man so oder so mit vermeintlicher Moral oder vermeintlichem Gefühl defensieren, man muß sich aber dann immer dabei sagen, daß man dem eigenen höheren Volkstum nimmt, was man dem fremden, niederen läßt. Wo die Herden Eingeborener weiden, da kann kein deutscher Farmer sein Vieh hinegeln; für jeden Herero oder Hottentotten, der Bleibesitzer im nennenswerten Umfang bleibt, fällt ein Deutscher, der die Summe unseres nationalen Kraft und Wirtschaft auf deutschem Boden jenseits der See mehren konnte.

Dieselbe Methode verlangt Rohrbach für jene Teile der deutschen Tropenkolonien, in denen der ständige Aufenthalt der Weißen möglich ist. Die Sache bekommt erst da ein andres Gesicht, wo dies aus klimatischen Gründen unmöglich ist. Dort muß die Produktion der Eingeborenenstämme gefördert werden, aber man muß dabei darauf bedacht sein, daß sich aus der mit dem Arbeitsertrag steigenden Wohlhabenheit der einheimischen Produzenten nicht die Gefahr entwirkt, daß daraus auch die Mittel zur politischen Widerständigkeit genommen werden können". Damit diese Verwahrung noch deutlicher klingt, erklärt Rohrbach weiter:

Nie darf die Beurteilung und die praktische kolonialistische Zeitung, aller Verhältnisse in einem beratlichen Kolonialgebiet, daß eine beherrschende Prinzip aus dem Auge verlieren, daß die afrikanischen Kolonien nicht um ihrer selbst, nicht um der Eingeborenen willen da sind, sondern ganz und gar um der weißen Völker willen, die sie in Besitz genommen haben. Das in den Tropen der Grundbesitz der Eingeborenen der Hauptfläche nach bestehen bleibt; daß die Stammesgliederung, die Siedlung in eigenen Dorfstaaten und damit ein gewisses Maß von Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden gebildet wird, daß wir im Gegenzug zu Südafrika auf die Durchführung des einheitlichen Systems entzesselter Dienstbarkeit aller Forbigen gegenüber den Angehörigen der weißen Rasse von vorherrein verzichten, daß alles sind lediglich notwendige Konzessionen, die aus der Verschiedenheit der klimatisch-physischen Verhältnisse, der Bevölkerungsziffer, der Lebensmöglichkeiten für Weiße und Eingeborene und der allgemeinen Wirtschaftsmethode folgen.

Wie soll die Produktion der Eingeborenen gefördert werden? Der Neger ist nicht faul — erklärt Rohrbach — er arbeitet aber nur so viel, wie er zu seinem Unterhalte braucht. Das genügt aber „uns“ nicht: der Neger muß Rohstoffe für die deutschen Kapitalisten produzieren und einen Absatzmarkt für sie bilden. „Erst mit dem zu

schaffenden Quantum solchen Mehrwerts können wir als mit einer wirklichen kolonialen Eingeborenenproduktion rechnen. Um diese aber in Gang zu bringen, wird es nicht ohne Zwangsmittel abgehen.“ Ob diese Zwangsmittel speziell geartete Steuer oder die Arbeitsdienstpflicht der Eingeborenen nach Art des „Militärdienstes“ oder die „Vermittelung“ der Stammeshäuptlinge sein soll, das sind nur Zweitmöglichkeiten der Zukunft, wenn der Ausbau der Bahnen und die Verstärkung der Schutztruppen die Durchführung dieser Maßregel ermöglichen wird.

Wenn wir das zusammenfassen, was Rohrbach über den Zweck und die Methode der deutschen Kolonialpolitik sagt, so bekommen wir ein Bild der gewaltshafte Proletarisierung ganzer Völkerstaaten, ihrer totalen Verherrlichung zu dem Zwecke, damit sie besseres Arbeitsvieh abgeben, der Konservierung dieses Zustands auf unabsehbare Zeit. Das zur „ethischen“ Begründung dieser „Zivilisationsarbeit“ der Herr Lizentiat dem Neger jede Sittlichkeit abspricht, ist nur ein Beweis für sein schlechtes Gewissen, das er mit derartigen inhaltsleeren Phrasen bekräftigen will. Die für seine Behauptungen vorgebrachten Gründe verdienen deshalb keine spezielle Widerlegung, schon weil Rohrbach durch die von ihm verlangte grundliche Vorenthalten der kulturellen und sittlichen Entwicklung des Negers den Beweis liefert, daß seine Voraussetzungen für seinen speziellen Zweck geschaffene Grundlage sind, und zweitens, weil wir es für unser Ziel nicht nötig haben, die Möglichkeit der kulturellen Hebung des Negers zu beweisen: für die Beleuchtung des Standpunkts der sozialdemokratischen Verfechter der veredelten kapitalistischen Kolonialpolitik genügt es uns, festzustellen, daß selbst die am weitesten schauenden bürgerlichen Kolonialpolitiken von vornherein auf jede kulturelle Hebung des Negers verzichten und sie als dem Wesen und den Zielen der kapitalistischen Kolonialpolitik entgegengesetzt betrachten.

So viel der programatische Teil des Buches. Was Rohrbach über die aktuellen Fragen der deutschen Kolonialpolitik, speziell über den Dernburgschen Standpunkt sagt, zeigt, wie der weltpolitische Ausgangspunkt einen Linksliberalen zu demselben Standpunkt in der Kolonialpolitik bringen kann, zu dem die Junker vom Standpunkt ihrer Cliqueninteressen gesangen. Karl Rabef.

Niklaus Alochuber: Unter der Pickelhaube. Zehn Militärhumoresken. 70 Seiten. Verlag von M. Ernst, München. Völliglich, und ergötzlich sind diese Militärhumoresken hingerichtet, Gelehrte aus der eigenen Dienstzeit des Verfassers, der mit wenigen Strichen das Soldatenleben mit seiner drastischen Komik zeichnet: Alles was den Soldaten im Dienste geschieht von der Rekrutenzzeit bis zur Reservierung, vom Zielverein bis zu Foden Karlsruhe, wird in launiger Weise geschildert. Bedauern könnte man nur, daß Alochuber als Einjähriger gedient hat. Er muß deshalb auf so manchen vor trefflichen Stoff aus dem inneren Dienst in der Kaserne verzichten, der ihm gestattet hätte, den Militarismus noch mehr der Vächerlichkeit preiszugeben. Das Buch will nicht oder doch nicht nur amüsieren. Gar manchmal klingt ein ernster Ton durch das Lachen, und oft hört man den Galanhumor heraus, mit dem sich der Soldat über die Habe und Qual seines Daseins hinwegsetzt. Alochuber selbst will nur deshalb die ganze Vächerlichkeit des Militarismus aufdecken, weil er weiß, daß Jena nicht weit von Köpenick entfernt liegt. Sein Buch dient dem Antimilitarismus. Es ist deshalb besonders für die jungen Arbeiter geschrieben, die vor dem Militärdienst stehen. Bielefeld holen sich diese aus dem Festchen auch etwas von der Ruhe und Dickfelligkeit, die man sich gewöhnlich erst im zweiten Dienstjahr anhäuft, die aber allein das Leben unter der Pickelhaube erträglich macht.

**Nickau-Biere**

ringfrei

führen sich wegen vorzüglicher Qualität und Bekömmlichkeit immer mehr ein.

**Offenbacher Leder-Waren.**  
Elegante Neuheiten in  
Damentaschen, Hand- und Reisetaschen  
Portemonnaies, Zigarren- u. Brieftaschen, Musik- u. Akten-  
mappen, Reise-Necessaires, Schulranzen, Gürtel, Operngläser  
darunter

**Reisemuster** in allen Artikeln  
sehr billig bei  
**J. Löwenberg, 14 Mainstr. 14**

Bitte die Schaufenster mit Lederwaren im Torweg zu beachten!



Weihnachts-Ausstellung.

Präparierte Palmen  
wie lebend, Sammet-  
Blumen, Bukette,  
Früchte, Blumen-  
Körbe, Ampeln, Sil-  
ber-Körbe u. Kränze  
Ball- u. Hut-Blumen  
Fruchtkörben und -Käse  
wieder gefüllt u. gereinigt.  
Dekorationen jeder Art billig.  
Wissel, Fabrik Eisenbahnstr. 3  
Tel. 12676. Täubchenweg 86.

**Pelzwaren**

eigene Fabrikate 1909\*  
**Stolas** v. einfachsten bis feinsten.  
Anfertigung aller Pelzarten.  
30jähriges Bestehen.

**K. Panzer, Kürschnermeister**  
Querstrasse 11, III. r.

**Arbeiter-Frauen!**  
Besichtigt Euch bei Einkäufen  
auf die Leipziger Volkszeitung.

Verwenden Sie nur  
**Lipsia-Senf-Essig**

überall zu haben.  
Anerkannt beste Marke,  
vorzüglich im Geschmack.

**Im Reiche der Freiheit.**  
Briefe über den Sozialismus.  
Von Robert Blatchford. 50 Pf.  
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

**Das grösste Gewicht**



legt die einsichtige Hausfrau auf Ersparnisse im Haushalt. Eine grosse Ersparnis ist ihr ermöglicht, wenn sie an Stelle der teuren Butter die sprichwörtlich beliebten van den Bergh'schen Margarine-Marken

**Vitello u. Clever-Stoltz**

welche feinste Molkerelbutter vollständig ersetzen, in Ihrem Haushalte verwendet.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften der Nahrungsmittel-Branche, sowie in den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz.

**Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten**  
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.  
Großes Lager in Innenstadt.  
**Heinr. Rohr,** Leipzig-Volkmarstraße, Kirchstr. 2  
Ecke Wurzner Straße.

**Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht**  
25 Pf., schön gebunden 1 Mk.  
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.